Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Gebr. Arnhold & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beleglieferung 40 Pf.

Nr. 198 | Dresden, Donnerstag den 25. August 1921 | 32. Jahrg.

Angst vor Verständigung

London, 24. August. Man nimmt in Londoner politischen Kreisen als sicher an, daß es bei den Verhandlungen des Völkerbundrats zu unmittelbaren deutsch-polnischen Verhandlungen kommen werde. Der Völkerbundrat wird die Anregung dazu geben. Die Sitzungen würden unter dem Vorsitz eines neutralen Völkerbundratsmitglieds stattfinden, und der Völkerbundrat selbst werde versuchen, in die kritischen Phasen der Verhandlungen einzugreifen. Erst wenn dieser Versuch sich als völlig aussichtslos herausstellen sollte, wird der Völkerbundrat aus eigener Machtvollkommenheit eine Entscheidung fällen.

Zur Sitzung des Völkerbundrats über Oberschlesien hat Deutschland bis jetzt noch keine Einladung und auch noch keine offizielle Mitteilung vom Zusammentritt dieser Tagung erhalten.

*

Von amtlicher Seite in Berlin wird auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen über die Aufteilung Oberschlesiens schwebten, „weil kein deutsches Kabinett in der Lage wäre, auf dem Verhandlungswege auch nur ein oberschlesisches Dorf den Polen abzutreten". Wir haben die vom Intransigeant gebrachte Meldung über die Anbahnung einer direkten Fühlung zwischen Deutschland und Polen gebracht, da sie uns wohl überraschend, immerhin aber nicht unwahrscheinlich war. Selbst in Warschau ist nach dem Fiasko der Pariser Konferenz, dem Mißlingen der oberschlesischen Aufstände und infolge der von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Wirtschaftskrise zweifellos in vielen Köpfen eine gewisse Ernüchterung eingetreten, die auch wohl auf die Betrachtung der oberschlesischen Frage nicht ohne Einfluß geblieben ist. Es dämmert die Erkenntnis, daß selbst Frankreichs Unterstützung, die durch die daran geknüpften Bedingungen viel mehr zum Fluch als zum Segen wird, es Polen nicht erlaubt, sich in Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen und in Deutschland einen ewig unversöhnlichen Gegner zu schaffen. So durfte man wohl glauben, daß drüben Neigungen zum mindesten zu dem Versuch vorhanden sind, friedlich-schiedlich durch direkte Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen. Und den gleichen guten Willen setzen wir auch bei der deutschen Regierung voraus. Die starre Prinzipienreiterei, das „Niemals!", ist, wie wir während des Krieges erfahren haben, immer dumm und unheilbringend; und in diesem Falle wäre sie nicht bloß politisch, sondern auch moralisch anfechtbar. Hat doch die Abstimmung in Oberschlesien gezeigt, daß eine beachtliche Minderheit der Bevölkerung polnisch ist und polnisch denkt; gerade die, die 1917/18 eine Annexion Kurlands um des ganz geringen Prozentsatzes baltischer Deutschen willen für durchaus berechtigt hielten, haben also am wenigsten Anlaß, sich groß zu entrüsten, wenn Polen jetzt Anspruch erhebt auf ein Gebiet, in dem etwa ein Drittel polnisch stimmte.

Wohlverstanden: Auch wir wünschen, daß Oberschlesien bis zum letzten Dorf bei Deutschland bleibt, zumal man eine wirtschaftliche Einheit nur schwer auseinanderreißen kann. Wenn aber die Reichsregierung erkannt hat, daß Verhandlungen mit Polen möglich und wünschenswert sind, um zu einer raschen friedlichen Lösung zu kommen, so soll sie vor den aus solcher Erkenntnis sich ergebenden Notwendigkeiten sich nicht etwa zurückschrecken lassen durch das Geschrei der bürgerlichen Presse, deren politische Einsicht in umgekehrtem Verhältnis steht zu der Nüchternheit, die gerade bei der Betrachtung der heiklen oberschlesischen Frage dringend erforderlich ist. Und selbst, wenn, wie wir glauben, Verhandlungen zwischen den beiden Mächten auch nicht zu einem endgültigen Resultate führen, bereiten sie immerhin den Boden vor für Genf. Das ist besonders wichtig für den Fall, daß die Londoner Meldung zutrifft und die beiden Parteien vor dem Völkerbundrate gleichsam wie vor dem Friedensrichter einander gegenübertreten werden.

*

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien

Breslau, 24. August. Die Oberschlesische Volksstimme in Gleiwitz meldet mit Genehmigung der Zensur, daß ihr von einer der interalliierten Kommission nahestehenden Seite mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorstehe. Die letzten Wochen hätten die interalliierte Kommission überzeugt, daß die Bevölkerung Oberschlesiens soweit wieder eingetreten sei, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes zwecklos erscheine.

*

Eine teure Zugabe

Eigene Drahtmeldung

Oppeln, 25. August. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Kommission betragen die Kosten für die Besetzungstruppen in Oberschlesien bis 1. August 9½ Milliarden Mark. Nach dem Versailler Vertrage fallen die Kosten der Besetzung dem Staate zur Last, dem das Abstimmungsgebiet zugewiesen wird.

Die Friedensunterzeichnung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 25. August. Die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Unterzeichnung des Vertrages wird durch Außenminister Dr. Rosen und den amerikanischen Geschäftsträger Dresel in kürzester Frist, wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages, vorgenommen werden. Die Unterzeichnung des Vertrages sollte bereits gestern nachmittag um 5 Uhr erfolgen, ist aber aus technischen Gründen verschoben worden.

*

Wie von amtlicher Stelle aus Berlin mitgeteilt wird, ist der Friedensvertrag mit Amerika fertiggestellt. Die Unterzeichnung konnte heute wegen technischer Schwierigkeiten noch nicht stattfinden, doch erwartet man regierungsseitig, daß sie voraussichtlich am Freitag erfolgen wird. Ueber den Inhalt des Vertrages wird vor der Unterzeichnung nichts bekanntgegeben.

Die erste amerikanische amtliche Bestätigung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam am Dienstag aus dem Staatsdepartement. Es wurde zugegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden, und hinzugefügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorteilhafter Weise geführt werden könnten. Eine endgültige Verlautbarung könne, so wurde mitgeteilt, vor dem Wochenende erwartet werden.

Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Bedingungen des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt.

Nach einer Pariser Meldung von „Ett Europe" wurde der „Chicago Tribune" aus Washington telegraphiert: Nach einer Kabinettssitzung wurde die erste autoritative Erklärung bezüglich der Natur der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abgegeben. Es wird bekannt, daß ein „vollständiger Friedensvertrag zu erwarten sei, der alle Maßnahmen für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern vorausziehe. Die amerikanische Regierung ist nicht geneigt, sich um die Kritiken zu bekümmern, die erhoben wurden, weil die Verhandlungen mit Deutschland geheim geführt worden seien.

*

Der Friede mit Oesterreich unterzeichnet

Wien, 24. August. Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschösterreich unterzeichnet worden.

Wie die Neue Freie Presse meldet, wurde der Abschluß des Friedensvertrages mit Amerika durch eine Anfrage Amerikas eingeleitet, ob Oesterreich auf der Grundlage des Vertrages von St. Germain bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Auf die bejahende Antwort Oesterreichs wurden die Verhandlungen in vertraulicher Form aufgenommen. Aus dem Vertrage von St. Germain wurden vier Bestimmungen ausgeschrieben und zwar diejenigen über den Völkerbund, über die Grenzen Oesterreichs, über die politischen Bestimmungen über Europa und über die Strafsanktionen. Oesterreich legte den größten Wert auf die Aufhebung des Generalpfandrechtes an österreichischen Aktiven und fand bei der Vertretung Amerikas vollstes Verständnis und Entgegenkommen.

Loucheurs Abreise nach Deutschland

Eigene Drahtmeldung

Paris, 25. August. Dem Matin zufolge hat Loucheur gestern abend Paris verlassen. Er wird sich heute einige Stunden in Köln aufhalten, wo er eine Zusammenkunft mit dem Oberkommissar Frankreichs für die Rheinlande Tirard haben wird. Die Besprechungen in Wiesbaden werden wahrscheinlich zwei Tage in Anspruch nehmen und in der Hauptsache den Naturallieferungen Deutschlands gewidmet sein. Man wird auch die Frage der Rückerstattung erörtern. Ferner wird man sich über die Kohlenfrage unterhalten. Es ist anzunehmen, daß man über die Höhe der Kohlenpreise zu einer Einigung kommen wird.

Im Laufe des gestrigen Tages hatte Loucheur noch zwei Unterredungen mit Briand, in deren Verlauf die Rückwirkungen der Wiedergutmachungsfrage auf die französische Finanzlage zur Sprache kamen. Die erste Unterredung mit Rathenau wird am Freitag nachmittag stattfinden.

Kommunistische Tumulte in Berlin

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 25. August. Die Kommunisten haben vor dem Berliner Rathause und auch vor der [illegible] Arbeitslosenfürsorge heute vormittag Versammlungen abgehalten, bei denen es zu stürmischen Szenen kam. Vom Palmplatz aus setzte sich ein nach mehreren Hunderten zählender Zug Arbeitsloser nach dem Berliner Rathaus in Bewegung. Eine Hundertschaft der Polizei griff ein. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Schon in den frühen Morgenstunden umlagerte eine große Anzahl Arbeitsloser die Arbeitslosenfürsorgestelle [illegible]. Es kam zu Tumulten, bis die Polizei erschien und dafür sorgte, daß die Angestellten die Bureauräume verlassen konnten.

Steuerwahlen?

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg hat am Sonntag nach einem Referat des Parteivorsitzenden, Genossen Otto Wels, eine Resolution angenommen, indem er zum Ausdruck bringt, daß die bisher von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die Partei unannehmbar seien und falls die Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms festhalte, die Neuwahl des Reichstages gefordert werde. Der Parteitag setzte sich des weiteren mit aller Entschiedenheit ein für die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Erfassung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer und spricht die Ueberzeugung aus, daß nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Landwirtschaft und der Industrie, des Handels und der Banken imstande ist, die Einkünfte an der Quelle zu erfassen.

Diese Entschließung mit ihrer Forderung nach Neuwahlen auf Grund einer Steuerparole hat begreiflicherweise bei den Reaktionären einiges Unbehagen hervorgerufen. Sowohl die Deutsche Tageszeitung als die Kreuz-Zeitung stellen sich sehr überrascht und behaupten, die Forderung nach Neuwahlen sei lediglich einem sozialdemokratischen Agitationsbedürfnis entsprungen, das letztere Blatt entdeckt sogar, daß das Leitmotiv der Mehrheitssozialdemokratie die Losung sei: „Immer mehr heran an Rußland". Aus diesen Verlegenheitsäußerungen geht nichts anderes klar hervor, als daß die Deutschnationalen vor einer Aufrollung des ganzen Steuerproblems vor den Wählern alles andere als Begeisterung empfinden. Ist ihr Verhalten deshalb durchaus verständlich, so wirkt die Stellungnahme eines führenden demokratischen Blattes, der Vossischen Zeitung, zur gleichen Frage geradezu kläglich. Dieses Blatt stellt sich zunächst peinlich berührt über die Tatsache, daß die Sozialdemokratie Stellung gegen das Steuerbukett nimmt, obgleich drei ihrer Parteigenossen dem Reichskabinett angehören. Eigentlich müßten, wenn sie die Stellung der Mehrheit der Kabinettsmitglieder nicht billigen, diese drei sozialistischen Minister aus der Regierung ausscheiden, so folgert wenigstens die Vossische Zeitung. Da sie das bisher nicht getan hätten, so müßten sie die Vorschläge des Kabinetts decken und ihre Partei müßte das gleiche tun. Neuwahlen aber würden für die Mittelparteien durchaus ungünstig sein. Sie müßten auf die landwirtschaftliche und kleinbürgerliche Bevölkerung mehr Rücksicht nehmen als auf die radikalisierten Arbeiter und Angestellten, und würden sich bei solcher Wahlparole daher in einer sehr schwierigen Lage befinden. Eine scharfe Opposition gegen rechts und ein rückhaltloses Eintreten für die Goldwerterfassung würde ihnen breite Wählermassen abtreiben. Die Entscheidung des Volkes würde also die Lösung des Problems nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren.

Die Art, wie hier ein demokratisches Blatt die Frage möglicher Neuwahlen behandelt, rollt das ganze Problem der Koalitionspolitik auf. Die Sozialdemokratie hat mit dem Zentrum nach Annahme des Ultimatums die Pflicht der Regierungsbildung auf sich genommen, und die Demokraten haben sich dieser Koalition anschließen müssen, trotzdem sie nur in ihrer Minderheit sich für die Annahme des Ultimatums ausgesprochen hat. Diese Regierungskoalition hat die Verpflichtung übernommen, die ungeheuren Forderungen des Ultimatums zu erfüllen. Das bisherige Steuerprogramm aber ist von einer so großen Einseitigkeit, daß es, trotzdem eine ganze Reihe von Steuervorlagen den Titel Vermögenssteuer tragen, tatsächlich auf eine fast ausschließliche Belastung der breiten besitzlosen Massen hinausläuft, während die Besitzer der Goldwerte in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe den Wert ihres Besitztums dauernd steigen sehen.

Es sollte auch für bürgerliche Politiker auf der Hand liegen, daß die Sozialdemokratie diese Schonung der wirklich besitzenden auf Kosten der arbeitenden, aber nicht besitzenden Bevölkerung nicht mitmachen kann. Sie wird daher, ohne ihre Regierungsvertreter zu desavouieren, mit allem Nachdruck die ernsthafte und tatsächliche Heranziehung der Goldwerte zu den Reichsopfern fordern müssen und, falls die Mehrheit der Regierungskoalition sich ihren Gründen dauernd verschließen sollte, auf die Neuwahl des ohnehin nicht mehr dem Kräfteverhältnis im Volke entsprechenden Reichstages hinwirken. Daß sie dabei alle Kraft anwenden wird, um den Wählern die Bedeutung der Fragen klar zu machen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Angst der Vossischen Zeitung vor den Neuwahlen verrät aufs deutlichste, daß sich gewisse Kreise der Demokraten — hoffentlich nicht alle — so vollkommen auf die kapitalistische Betrachtung eingestellt haben, daß sie sich fürchten, eine tatsächliche Heranziehung der Besitzenden zu den Steuern vor den Wählern zu vertreten. Rücksicht auf das schlechte Gewissen solcher Demokraten kann aber die Sozialdemokratie nicht nehmen. Sie muß ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, die Interessen der breiten arbeitenden Schichten zu wahren, und da ist ihr Weg klar vorgezeichnet.

*

Steuerfrage und Einheitsfront

Die U. S. P. D. veröffentlicht in der Freiheit einen Aufruf, in dem die Steuergesetzentwürfe kritisiert und die Erfassung der Goldwerte gefordert wird. Zur Erkämpfung dieser Forderung verlangt der Aufruf die Bildung einer Einheitsfront des ganzen deutschen Proletariats.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Jena des Kommunismus

Die Kommunistische Partei hat ihr Jena [illegible] [illegible] Der Wortschwall der kommunistischen Redner in Jena [illegible] Artikel von Wilhelm Herzog [illegible] in der Roten Fahne [illegible] Wilhelm Herzog [illegible] seine kommunistischen Freunde. [illegible] Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo [illegible] der kommunistischen Führer keine Schuld. Die alten Führer sind tot. [illegible] der Moskauer [illegible] für das Führerproblem [illegible] Kritik verbieten. Sie tadeln, die Moskauer Herren, als Kautsky an der russischen Revolution Kritik übte. Sie tadeln, als Levi nicht jeden Unsinn mitmachen wollte. [illegible] die Kommunistische Partei [illegible]

Der dritte Verhandlungstag

Jena, [illegible] August. [illegible]

[illegible] Stoecker, Berlin [illegible] der richtige Kommunist müßte heute zum Generalstreik greifen, morgen das Maschinengewehr führen, am dritten Tage Flugblätter verteilen und am vierten Tage mit dem Stimmzettel in der Hand für die Revolution arbeiten. Die Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Die Wäsche der Linksradikalen

Der Streit um die Revolutionsgelder

Zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den linksradikalen Parteien kam es am Dienstag abend in der Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte von Groß-Berlin, die sich mit den Geldern der Unterstützungskommission und des Roten Vollzugsrats beschäftigte. Nachdem ein Versuch der Kommunisten, die Aussprache über den Verbleib der verschwundenen Gelder zu verschleppen, von der Mehrheit abgelehnt worden war, erstattete der Unabhängige Emil Barth einen Bericht über die bekannten Aufsehen erregenden Vorgänge. Unter fortgesetztem Lärm und Unterbrechungen der Kommunisten machte Barth neue Mitteilungen über die Schiebungen, die mit den Geldern vorgekommen sind. Ein Genosse habe ihm berichtet, daß er im Dezember 1919 mit Eber ein Geschäft [illegible] gemacht habe, und daß Eber ihm erklärt habe, er habe ein Bankkonto über 61000 M., von denen 45000 M. dem Vollzugsrat gehörten, über die er frei verfügen könne. Ueber diese 45000 M. fänden sich nirgends Belege. (Hört, hört!) Daneben fehlen 141000 M. in der Abrechnung der Unterstützungskommission. Eckert ist Kassierer des Büros, des Vollzugsrats und der Unterstützungskommission. Er pumpt sich von Eber 72000 M. für den [illegible] [illegible]

Es müßten also in Berlin weit größere Summen zusammengekommen sein.

[illegible]

Barth öffentliche Reden und Aemter zu verbieten.

[illegible] Krüger (S.P.D.) spricht das Bedauern aus, daß die Arbeiterschaft in einen derartigen Sumpf hineingeführt sei. [illegible]

Nach einer [illegible] gegenseitiger persönlicher Beschimpfungen der Linksradikalen wurde mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der erklärt wurde, daß die Delegiertenversammlung [illegible] in einer der nächsten Versammlungen Rechnungslegung erwartet werde.

Wer träumt?!

In Magdeburg fand kürzlich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, in der Genosse Adolf Braun vom Parteivorstand über das neue Parteiprogramm referierte. In der Diskussion nahm der Oberbürgermeister von Magdeburg, Genosse Beims, das Wort, um [illegible] daß man das neue Parteiprogramm [illegible] auf die Unabhängigen [illegible] In diesem Zusammenhang [illegible] Beims eine Einigung mit den Unabhängigen für eine politische Dummheit, denn man würde damit „den Feind der breiten Front in die eigenen Reihen bekommen". Die Freiheit griff diese Aeußerung auf, um damit zu beweisen, daß der Einigungswille in führenden Kreisen unserer Partei nicht echt sei. Das Dresdner unabhängige Blatt druckte natürlich diese einseitige Darstellung der Freiheit [illegible] nach. Verschwiegen wurde aber dabei, daß der Referent der Magdeburger Generalversammlung, ein Mitglied des Parteivorstandes, dem Diskussionsredner sofort entgegentrat, indem er erklärte:

„Das Ziel der Partei muß die Einigung sein. Die Einigung ist eine unbedingte Notwendigkeit angesichts der [illegible] Lage. Aber eins können wir feststellen: [illegible] der Sozialdemokratischen Partei, daß die Einigung nicht zustande kommt. Es ist nicht unsre Schuld, daß der Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter größer ist als der Kampf gegen den Kapitalismus. Die Schuld liegt auf der andern Seite. Das hat die große Masse der Proletarier erkannt und schließt sich deshalb immer mehr und mehr in der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Die Einigung muß nicht von heute auf morgen kommen, [illegible] in der Arbeiterschaft kommt sie in nicht allzu ferner Zeit."

Die hiesige Unabhängige Volkszeitung, die dieses [illegible] natürlich nicht bringt, knüpft unter der Ueberschrift „Rechtssozialistischer Traum" an Beims und eine Erklärung des [illegible] Genossen Wilhelm Krüger, der sich gegen das [illegible] Leipziger Aktionsprogramm wendet, wiederum ein Bekenntnis zum Klassenkampf an, was in dieser [illegible] Wiederholung wie eine immer öder werdende Phrase wirkt. Das Blatt verweist auf die Broschüre unsres Genossen [illegible] (Vorwärtsredakteur), der als eine der Voraussetzungen der Einheitsfront die Abkehr der U.S.P. von ihrem [illegible] Koalitionsstandpunkt ansieht und ganz richtig darlegt, daß gerade der Klassenkampf unter bestimmten historischen Umständen und gewissen politischen Voraussetzungen notwendig macht, die Regierungsmacht nicht in die Hände reaktionärer Parteien gleiten zu lassen, wenn ihre Ausübung in einer Koalition mit republikanisch-demokratischen Parteien möglich ist.

„Das heißt also, die Unabhängigen sollen den proletarischen Klassenkampfstandpunkt verlassen", bemerkt dazu die Unabhängige Volkszeitung. Wenn das Blatt glaubt, [illegible] Formen des sozialistischen Klassenkampfstandpunktes [illegible] keinerlei Unterstützung einer nicht rein sozialistischen Regierung, gestatteten nicht, irgendwelche Verantwortung einer demokratisch-sozialistischen Regierung mitzutragen, so hat die U.S.P. diesen Klassenkampfstandpunkt längst verlassen. Und wenn die Unabhängige Volkszeitung davon nichts weiß, dann träumt sie.

Wir haben sie kürzlich aufgefordert, uns einmal zu sagen, wie sich die Unterstützung des Kabinetts Wirth mit den dauernd von unabhängigen Blättern verzapften orthodoxen Klassenkampftheorien verträgt. Wir haben bis heute vergeblich auf Antwort gewartet und erneuern darum unsre Anfrage. Wenn die Aufklärung erfolgt ist, werden wir der Unabhängigen Volkszeitung ausführlich bescheinigen, auf welcher Seite die politischen Träumer sitzen.

Das vorsichtige Spanien

Der Berichterstatter des Temps in Madrid meldet seinem Blatt, daß ihn der Minister des Aeußern [illegible] und ihm unter anderem erklärt habe, so sehr sich Spanien durch die Wahl seines Vertreters zum Berichterstatter geschmeichelt gefühlt habe, so sei es doch der Ansicht, daß Spanien zu eng an Frankreich und Großbritannien gebunden sei, um in einer so heiklen Frage gegen den einen oder den andern seiner beiden Freunde durch Fassung eines Berichtes, dessen Bedeutung zu leugnen müßig wäre, Stellung zu nehmen. Nach längerer Beratung mit Quinones de Leon sei die Ablehnung beschlossen worden. Bei diesem Beschluß habe sich Spanien ausschließlich durch sein Freundschaftsgefühl Frankreich und England gegenüber leiten lassen in der Ueberzeugung, daß der spanische Botschafter auf diese Weise im Laufe der Erörterungen freier die versöhnende Rolle werde spielen können, die ihm zukomme.

Leben • Wissen • Kunst

Künstliche Worte

Daß Sprache und Wort organisch gewachsene Bildungen sind, die sich mit dem Geistesleben eines Volkes langsam entwickeln, hat die moderne Sprachforschung allgemein anerkannt. Die Anschauung der Aufklärung, daß man eine Sprache künstlich ins Leben rufen, gleichsam „erfinden" könne, ist längst aufgegeben, und gerade die Kunstsprachen, wie z. B. das Esperanto, die uns als Mittel internationaler Verständigung angepriesen werden, beweisen durch ihre formale Gestaltung und Art der Verbreitung, daß sie mit einer wirklichen Volkssprache nichts zu tun haben. Doch auch innerhalb einer natürlich entstandenen und entwickelten Sprache gibt es künstliche Elemente, Worte, die zu einem bestimmten Zweck oder aus einem bestimmten Anlaß erfunden wurden und sich dann erhalten haben, also gleichsam als fremde Aufpfropfungen mit dem Sprachstamm verbunden. In seiner vor kurzem bei der C. H. Beckschen Verlagsbuchhandlung in München erschienenen „Etymologie der neuhochdeutschen Sprache" widmet Hermann Hirt diesen künstlichen Worten ein interessantes Kapitel. Er betont hier, daß alles Gelehrte [illegible] „unschönen Bildungen" nichts nützt; sie seien [illegible] kämen dem heutigen Bestreben der Sprache nach Kürze entgegen und würden sich daher nicht beseitigen lassen. Vor allem hat die Wissenschaft bei ihrer so außerordentlich gesteigerten Tätigkeit das Bedürfnis, für neue Dinge neue Bezeichnungen zu schaffen. Sie hat dabei hauptsächlich die griechische und lateinische Sprache benutzt, um aus diesem Stoff immer neue Worte zu bilden; sodann verwendet sie auch die Namen bedeutender Männer, um allgemeine Bezeichnungen zu schaffen. So leben z. B. in den Worten für die elektrischen Maße Volt und Watt, Watt, Ampère, Ohm die Erinnerungen an die großen Entdecker fort. Ein Wort, das uns heute als eine ganz natürliche Bildung selbstverständlich geworden, ist das Gas. Es ist eine freie Schöpfung des Chemikers van Helmont, das er wohl in Anlehnung an das griechische Chaos gebildet haben dürfte. Diese Bezeichnung empfinden wir heute nicht einmal mehr als Fremdwort. Auch der Handel und die Industrie sind an der Bildung künstlicher Worte stark beteiligt. Das Bedürfnis der Wortschöpfung stellte sich zunächst bei den Schutzmarken ein. Die einfachste Form der Schutzmarke war, den Namen des Herstellers oder Fabrikanten zu wählen, und so bezeichnen wir denn heute mit einer „Henry Clay" eine Importzigarre, mit „Arnheim" einen Geldschrank, mit „Stübner" einen bestimmten Flügel usw. Seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kamen aber unter dem Einfluß des Warenzeichengesetzes reine Phantasienamen für Schutzmarken auf, und nun entstanden die merkwürdigsten Erfindungen, die freilich in unserm Jahrhundert noch durch die Einbürgerung der Initialkurzwörter übertroffen worden.

Aus dem Wunsch heraus, lange Bezeichnungen von amtlichen Stellen, Ausstellungen, Fabriken usw. abzukürzen, wurden jene wunderlich klingenden Wortformen gebildet, wie Bugra, Hamba, Ufa usw., deren Klang an irgendeine Hottentottensprache gemahnt, die aber ganz zivilisierte Institute bedeuteten und bedeuten. Die Bildung eines neuen Wortes aus den Anfangsbuchstaben mehrerer anderer geht auf die alte Sitte des Akrostichons zurück, bei dem Dichter in den Anfangsbuchstaben der Verse eines Gedichtes gewisse Namen als Huldigung ausdrückten. Zur wirklichen Einführung in die Sprache kamen diese Initialkurzwörter aber erst im 19. Jahrhundert, und zwar zumeist bei den praktischen Engländern, bei denen ja stets „Zeit Geld ist". So wurde Imperial British East Africa in Ibea abgekürzt, wonach man bei uns „Du" — Deutschostafrika geschaffen hat. Für den Exporthandel sind die Abkürzungen cif — cost, insurance, freight und fob — free on board. Dem englischen Beispiel folgte dann die Weltindustrie, und es entstanden Bildungen wie Hapag, Bebag, Ala usw. Während diese künstlichen Worte aber zum großen Teil an Einrichtungen geknüpft sind, die wieder verschwinden, haben sich andere Initialkurzwörter ein Lebensrecht in der Sprache erworben, das Zeichen ihrer künstlichen Geburt verloren und sind Naturwörter geworden. So weiß z. B. niemand mehr, daß der Name der Hakatisten, der Vertreter des Deutschtums im Osten, gebildet ist aus den Anfangsbuchstaben der Begründer des Ostmarkenvereins: Hansemann, Kennemann, Tiedemann. Der Name der russischen Partei der Kadetten ist eine Abkürzung für konstitutionelle Demokraten. Abkürzungen stellen auch Worte dar, die aus dem Anfang eines Satzes gebildet wurden, wie z. B. Tedeum und Requiem, beides die Anfangsworte von Kirchengesängen, die sie nun in ihrer Gesamtheit bezeichnen. Der Name der Pflanze Reseda ist entstanden aus dem Anfangswort der lateinischen Zauberformel „Reseda morbos reseda", d. h. stille die Krankheiten.

Dresdner Kalender

Theater am 25. August. Opernhaus: Die Entführung aus dem Serail (7½). — Schauspielhaus, Neustädter Schauspielhaus geschlossen. — Zentral-Theater: Der Vetter aus Dingsda (7). — Residenz-Theater: Das Glücksmädel (7).

Schauspielhaus. Die Uraufführung von Gerhart Hauptmanns Schauspiel Indipohdi ist für Ende Januar 1922 in Aussicht genommen. Gerhart Hauptmann hat die Einladung angenommen, das Werk selbst zu inszenieren. Die Hauptrolle des Prospero spielt Paul Wiecke.

Volkshochschule. Dr. Kurt Schumann: Sechs Wanderungen zur Einführung in Kartenverständnis. [illegible] einfache geographische Landschaftsbetrachtung an der Hand des Meßtischblattes Moritzburg. Erste Wanderung Sonnabend den 27. August; Treffpunkt 4½ Uhr nachm. am Weißen Hirsch (Endstation der Linie 6). Karten hierzu in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 14, Eingang Ringstraße 21, oder beim Beginn der ersten Wanderung. — Fortsetzung der naturkundlichen Wanderungen mit Dr. F. E. Bähler, Abteilung I (für alle Teilnehmer). Erste Wanderung Sonntag den 28. August nach [illegible] Bitterberg und Schußenstein. Teilnehmerkarten und genauer Plan sind ebenfalls in der Geschäftsstelle zu haben. Es wird gebeten, die vorausbestellten Karten baldigst abzuholen.

Kleine Mitteilungen

Die Naturschutzparks der Vereinigten Staaten umfassen, wie in der Umschau mitgeteilt wird, ein Gebiet von 27 800 qkm; dazu kommen weitere 5000 qkm für Naturdenkmäler, zu denen auch die alten indianischen Ruinenstädte gerechnet werden. Die Besucherzahl der Parks wächst beständig; sie betrug 1919 755 000. Die Tier- und Pflanzenwelt in diesen weiten Gebieten ungeschmälert zu erhalten, ist recht schwer, denn die dort noch wohnenden Indianer versuchen immer wieder, das Wild abzuschießen. Die wissenschaftliche Ausnutzung der Parks, die von dem Leiter des amerikanischen Nationalparkdienstes, Mather, ins Leben gerufen ist, macht bedeutende Fortschritte.

Englands Bevölkerungsziffer. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung betrug die Gesamtbevölkerung in England, Schottland und Wales am 1. Juni 42 [illegible]. Diese Ziffer ist um 1 920 683 oder um 4,7 Prozent höher als die vom Jahre 1911.

Wohin?

Seit Wochen geht eine Flut von Artikeln über die Zimmerprobleme durch die Presse. Erbittert wogt der Kampf der Meinungen hin und her, die Sprache wird immer heftiger geworden. Wie sehr die kommenden Kämpfe bereits die Gemüter bewegen, zeigen zwei parteigenössische Broschüren, die in diesen Tagen erschienen sind und die sich mit der nahen Zukunft der Partei beschäftigen.

Genosse **Bernhard Rausch** erörtert in einer Broschüre „Republikanische Verantwortung" die Frage: Soll die Sozialdemokratie, wenn das Ziel einer Linkskoalition nicht erreichbar ist, mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen oder nicht? Diese Frage soll bekanntlich auch auf dem Görlitzer Parteitag erörtert werden. Genosse Rausch führt noch einmal all die Argumente an, die für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei sprechen sollen und weist auf die „gemäßigt gerichteten Elemente" in der Deutschen Volkspartei hin. Er erinnert auch an den Artikel des Herrn v. Campe in der Täglichen Rundschau, der die Demokratie als Grundlage Deutschlands betonte. Er spricht von „ungiftigen Bestandteilen", die gegenwärtig in der Deutschen Volkspartei infolge der Oppositionsstellung dieser Partei das große Wort führten.

Wäre die Broschüre vor zwei Monaten erschienen, dann hätte sie vermutlich stärkeren Eindruck gemacht als heute; denn alles, was man in der Zwischenzeit von der Deutschen Volkspartei zu hören und zu sehen bekam, muß auch für jene Genossen, die sich mit der Deutschen Volkspartei als „kleinerem Übel" schließlich abgefunden hätten, sehr abschreckend gewirkt haben. Stresemann erklärt, er wolle von jeglicher Sozialisierung nichts wissen; denn jede Sozialisierung sei produktionsschädlich. Dafür empfahl Herr Stresemann den Ausbau der indirekten Steuern, die er als die Quelle betrachtet, aus der die Politik der Erfüllung gespeist werden soll. Die Steuern sind Reichssache. Wie steht es in Preußen? Die Demokratisierung Preußens bekämpft die Deutsche Volkspartei ebenso wie es die Deutschnationale Volkspartei tut. Die [illegible] Severing, der die Demokratisierung Preußens [illegible] und die Republik Preußen damit sichern sollte, werden die Blätter der Deutschen Volkspartei ebenso betrieben wie die Blätter Helfferichs. Es hilft nicht viel, zu betonen, daß v. Campe in manchen Dingen anders denkt als Herr Maretzky. Die Maretzkis geben in der Deutschen Volkspartei den Ausschlag. Herr Hergt, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, muß das wissen, denn sonst hätte er gegenüber den verschiedenen scharfen Angriffen von seiten der Deutschen Volkspartei sich nicht so versöhnlich gezeigt. Nicht nur die Tägliche Rundschau ist zu 50 Prozent deutschnational. Der größte Teil der Wähler der Deutschen Volkspartei steht mit einem Bein schon im Lager der Deutschnationalen. Die Nationalliberale Korrespondenz spricht ja nicht ohne Grund von den „Rechtsparteien". Die Deutsche Volkspartei rechnet sich also damit nicht zur „Mitte", sie rechnet sich selbst zur „Rechten". Wir würden uns nicht wundern, wenn ein großer Teil der Arbeiter bei einem Zusammengehen zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei sagte: „Na, wenn schon, dann gleich mit Helfferich!"

Wo bleibt aber die republikanische Verantwortung, wenn man unter keinen Umständen mit dieser Deutschen Volkspartei zusammengehen will? Machen wir uns nichts vor! Auf die Dauer gibt es für die Sicherung der Republik nur einen Weg. Dieser Weg heißt: Einigung der Arbeiterklasse. Da erscheint die Broschüre des Genossen **Viktor Schiff**: Die notwendige Verständigung der Arbeiterklasse, Möglichkeit und Voraussetzungen, (Vorwärtsverlag) zur rechten Zeit. Die deutsche demokratische Republik steht am Vorabend schicksalsschwerer politischer Kämpfe, in denen es sich darum handelt, den Ansturm der kapitalistischen, nationalistischen, arbeiterfeindlichen Reaktion abzuwehren. Eine Machtprobe steht bevor. Nur das Auftreten der geschlossenen Arbeiterschaft kann die schlimmsten Anschläge der Reaktion vereiteln. Genosse Schiff wirft in seiner Broschüre einen Rückblick auf das Jahr, das seit den Juli-Wahlen 1920 verflossen ist. Die Bilanz des Kabinetts Fehrenbach zeigt, wohin der Karren ohne die Anteilnahme der Sozialdemokratie an der Reichsregierung läuft. Die Unabhängigen, durchaus nicht entzückt von dieser Bilanz, haben im Mai dieses Jahres eine andere Haltung eingenommen als im Juni 1920. Die Erschütterung der Arbeiterschaft durch die Tätigkeit des Kabinetts Fehrenbach, durch die Parteispaltung in Halle, durch die Zersetzungserscheinungen des Kommunismus, durch den Kommunistenputsch im Frühjahr dieses Jahres hat große Fortschritte gemacht. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist heute ein ganz anderes Gebilde als im Jahre 1919 und 1920. Die kommunistischen Elemente sind ausgeschieden. Trotz der großen Wandlung innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie sind jedoch die Hemmungen in ihr, die einer Vereinigung mit der Sozialdemokratie im Wege stehen, noch recht groß. Genosse Schiff behandelt weiter die Frage, die das Haupthindernis der Einigung bildet, die Frage der Koalition mit Bürgerlichen, außerordentlich klar und einleuchtend. Er betont in dem Kapitel: „Ist eine Koalition mit Bürgerlichen zulässig?", daß weder die Pariser, noch die Dresdner, noch die Amsterdamer Resolution die Koalitionspolitik grundsätzlich verbieten". Frage der Taktik und nicht des Prinzips heißt es ausdrücklich in der Pariser Kautsky-Resolution. Der Kongreß der Zweiten Internationale von Paris war im Jahre 1900. Heute schreiben wir 1921. Haben die Pariser und Amsterdamer Beschlüsse Ewigkeitswert? Auch wir fragen mit dem Genossen Schiff: Was haben die Beschlüsse von 1900, 1903 und 1904, was haben die ganz bestimmten Umstände, die zu ihrer Annahme führten, mit der jetzigen Situation in Deutschland zu tun? Wie kann man einen Beschluß, der in den Zeiten junkerlichen Absolutismus in Deutschland angenommen wurde, in denen kein deutscher Sozialdemokrat an die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland in absehbarer Zeit ernstlich denken konnte, als heute noch für die Taktik der Sozialdemokratie in der jetzigen Zeit maßgebend erachten? Gerade Karl Kautsky, betont Schiff, gerade der Schöpfer der Dresdner und Amsterdamer Beschlüsse, vertritt heute im Gegensatz zu andern Führern der U. S. P. die Auffassung, daß eine starre Befolgung des damaligen Verbots der Arbeiterklasse den Weg zur Macht versperrt.

Was gilt? Eine veraltete Doktrin oder das Schicksal der ganzen Arbeiterklasse? Das Ziel der Sozialdemokratie war und bleibt die rein sozialistische Regierung. Dieses Ziel ist im Augenblick schwerlich erreichbar. Ebenso unmöglich ist der Zusammenschluß mit den Kommunisten. Auf dem kommunistischen Parteitag, der gegenwärtig in Jena tagt, wurde ein Schreiben Lenins verlesen, in dem es heißt, infolge der Einigkeitstradition sei es in Deutschland zu spät zur Spaltung gekommen und der Haß gegen die opportunistische Sozialdemokratie, dieses „edelste Gefühl", habe wiederholt die kluge Ueberlegung übertönt. Unmöglich ist drittens eine Koalition der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei. Wir können mit ihr Demokratie und Republik weder schützen noch ausbauen. Es gibt nur einen Weg, eine Gasse zum Vorwärtskommen für die Arbeiterklasse, zur Erhaltung der Republik: Die Einigung. Eine große Verantwortung liegt auf den Schultern der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie.

W. St.

Konkordat zwischen Rumänien und Vatikan

Bukarest, 25. August. Das Konkordat zwischen Rumänien und dem Vatikan ist definitiv abgeschlossen worden. Das ursprüngliche Projekt ist dem rumänischen Standpunkt gemäß umgeändert worden. Infolge dieses Abkommens erhält die katholische Kirche in Rumänien den Titel „Apostolische Kirche". Die Ernennung der Bischöfe muß erst die Einwilligung der rumänischen Regierung erhalten. Dieses Konkordat wird dem rumänischen Parlament zur Begutachtung vorgelegt werden.

Loucheur bei Briand

Paris, 25. August. Loucheur ist am Mittwoch abend nach Paris zurückgekehrt. Er begab sich zum Ministerpräsidenten und hatte mit ihm eine Unterredung über die verschiedenen Fragen, die sich auf die Reparation in natura beziehen und die anläßlich der Wiesbadener Begegnung besprochen werden sollen. Die Begegnung in **Wiesbaden** bleibt auf **Freitag** festgesetzt. Was die andern Reisen Loucheurs betrifft, so ist darüber noch nichts Bestimmtes beschlossen worden.

Cholera und Menschewismus

Aus London meldet das **Georgische Nachrichtenbureau**: Typhus und andre ansteckende Krankheiten, namentlich die Cholera, suchen Georgien heim. In Tiflis sterben täglich 10 Personen an der Cholera. Die ärztliche Hilfe ist ungenügend, es herrscht Mangel an Arzneimitteln.

Diese erschütternde Tatsache ließ natürlich die Bolschewisten nicht in Untätigkeit verharren. Nein, das muß man ihnen lassen, sie nahmen ihre Sache ernst, verzierten sie doch Tiflis ganz mit Plakaten folgenden Inhalts:

„Trinkt kein ungekochtes Wasser. Eßt nicht viel Früchte auf einmal, sondern oft, aber nur in kleineren Portionen. (Dabei findet man in Tiflis überhaupt keine Früchte, denn die haben die Rotgardisten schon lange verzehrt.) Die Cholera ist **genau so zu bekämpfen wie der Menschewismus**."

Wie denken sich das nun die bolschewistischen Machthaber? Sollen, eingedenk der Worte Lenins auf dem 10. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands: „Die Menschewisten sind in den Gefängnissen sorgfältig zu bewachen," auch die Cholerabazillen eingesperrt werden? Werden die außerordentlichen Kommissionen nun auch neben den Cholerabazillen die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit verbieten? Werden die Kriegsgerichte und die sogenannten Revolutionstribunale nun auch die Cholerabazillen in Konzentrationslager sperren oder sie ins Exil schicken? Werden die Rotgardisten die Cholerabazillen im Gefängnis niedermetzeln, so wie sie vor zwei Monaten die Sozialisten in dem Butyrki-Gefängnis in Moskau massakrierten? Oder werden sie die eingesperrten Bazillen verhungern lassen, wie es doch sonst in Sowjetrußland politischen Gefangenen gegenüber gebräuchlich ist?

Die Bedingungen des Roten Kreuzes

Genf, 23. August. Der Präsident der gemischten Kommission des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und der Liga der Rotkreuzvereine teilt mit: „Es versteht sich, daß die internationale Kommission für die Hilfsaktion in Rußland, die von der Konferenz der Rotkreuzvereine und verschiedener andrer Organisationen in Genf geschaffen wurde, auf **keinen Fall** in Rußland **unter weniger günstigen Bedingungen** handeln wird, als wie sie **Hoover** verlangte."

Wandlungen in Sowjetrußland

Frankfurt, 24. August. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Stockholm: Die Sowjetregierung schreitet auf dem Wege des kapitalistischen Systems fort. Nachdem durch ein Dekret vom 6. Juli der Besitz unbeschränkter Mengen Geldmittel und bis zu einem gewissen Grade auch die Freiheit des Bankgeschäfts zugelassen worden waren, nachdem ferner durch ein Dekret vom 10. und 12. Juli über die Errichtung industrieller Unternehmungen auch die industrielle Tätigkeit in größtem Umfange frei gegeben worden war, ist jetzt **ein neues Dekret** in Vorbereitung, das den **privaten Hausbesitz** gestatten wird. Ein neues Dekret vom 5. August hat auch die Bezahlung für alle Dienstleistungen und Lieferungen der Sowjetregierung eingeführt. Auf den Eisenbahnen muß also jetzt wieder Fahrgeld entrichtet werden. Nach Helsingforser Meldungen ist **der private Handel in Petersburg und Moskau in vollem Gange**. Täglich werden neue Ladengeschäfte eröffnet. Zahlreiche Cafés sind bereits wieder in Betrieb. Auch der Verkauf von Wein ist freigegeben worden. Ferner erwartet man die baldige Wiedereröffnung der Bankhäuser. Die **Rückbildung zum kapitalistischen Betriebe** vollzieht sich unter Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die Sowjetregierung läßt zur Zeit in Schweden größere Mengen Roggen aufkaufen. Die bisherigen Käufe umfassen etwa 15 000 Tonnen.

Der große Rummel

Ohne Hindenburg, aber mit Ludendorff

Der mit großem Tamtam angekündigte „Frontkämpfertag" hat gestern in Berlin stattgefunden. Offiziersbünde, Hakenkreuzler, Wichsstudenten und — trotz offiziellem Verbot — Kriegervereinler hatten in voller Stärke mobil gemacht. Und dennoch war es eine Enttäuschung, der Clou der Veranstaltung fehlte — Hindenburg war ausgeblieben. Offenbar hatte er es doch im letzten Augenblick für ratsamer gehalten, sich nicht in diese zweifelhafte Gesellschaft zu begeben, nachdem der Reichswehrminister der Reichswehr die Teilnahme verboten und sogar der Vorsitzende der Kriegervereine, General von Heeringen, jede Beteiligung abgelehnt hatte.

Der Verlauf der Veranstaltung zeigte, daß der Feldmarschall recht getan hatte, sich hier nicht zu kompromittieren. Es war so ziemlich

alles an Rechtsbolschewisten

versammelt, was in Deutschland herumläuft. General von Claer, der russische Weißgardistenführer Awaloff Bermondt, Graf von der Goltz usw. Als „monarchistische Spitze" fungierte der erfolgreiche Kapitalverschieber Eitel Friedrich, dem offenbar seine Verurteilung wegen zweifelhafter Geldgeschäfte die Märtyrerkrone verschafft hat.

Die erste Ansprache hielt Generalmajor a. D. von der Goltz. Er ließ eine Schimpfkanonade gegen die „Hochverräter" und „Erzhalunken" los, die zur Abwechslung wieder mal die Front erdolcht haben. Sprach auch von einem „unbegreiflichen Waffenstillstand", der bekanntlich auf das inständige Flehen Hindenburgs und Ludendorffs Hals über Kopf abgeschlossen werden mußte, schimpfte über die „Leipziger Schmach", womit er das Reichsgericht meinte usw. usw.

Aber über diese gewohnten deutschnationalen Schimpfschimpfereien konnte man hinweggehen. Staatsgefährlich und offen das Landesverräterische streugend waren die fortwährenden Wiederholungen in seiner Rede wie der des andern Redners, des Grafen Waldersee, die dahin zielten, daß das deutsche Heer in irgendeiner Form wieder aufgebaut werden müsse. Waldersee sagte: „Unsre Söhne und Enkel sollen wieder lernen, den Gewehr und die Büchse zu spannen". Ueber die Kundgebung selber sagte Graf Waldersee: „Der Haß steht in Deutschland auf Wache. Deshalb haben wir euch alle

heute zur Kontrollversammlung

gerufen." Noch deutlicher wurde Graf von der Goltz, der erklärte: Wir feldgrauen alten Soldaten müssen dafür sorgen, daß in irgendeiner Form ein **Ersatz für die abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht** geschaffen wird.

Solche Aeußerungen sind für die Nationalisten der Gegenseite allerdings ein gefundenes Fressen. Sie sind ein Signal für die Scharfmacher drüben, Deutschland noch mehr zu knebeln und zu mißhandeln. Von einem „Freiheitskrieg" wollte zwar Graf von der Goltz noch nichts wissen, weil man dazu Flieger, Tanks und Artillerie brauche, aber er will jederzeit gegen „Polen und Bolschewisten" zu Felde ziehen! Schließlich goß er noch einen Jauchekübel über den Reichswehrminister Geßler aus, weil dieser der Reichswehr die Teilnahme verboten hatte.

Und dann sprach Ludendorff!

Denn er war natürlich erschienen, er konnte sich in jener Gesellschaft, zu der er vortrefflich paßte. Herr Ludendorff, der jüngst in Frankfurt a. d. O. das Gedächtnis verloren hatte, „erinnerte" sich jetzt. Er erinnerte sich eines Armeebefehls Hindenburgs vom 24. Oktober 1918, keinen „faulen Frieden" zu schließen. Aber seiner Drang- und Bitt-Telegramme aus der Periode seines moralischen Zusammenbruchs erinnerte er sich nicht. „Das internationale pazifistische Denken, die verfluchte Minierarbeit haben den Befehl Hindenburgs nicht zur Ausführung kommen lassen." So versicherte Ludendorff.

Wann wird sich endlich die Fakultät finden, die Ludendorff zum Ehrendoktor der Geschichte ernennt wegen seiner unvergleichlichen Kunst, die geschichtlichen Wahrheiten zu verdunkeln?!

Nach Schluß der Veranstaltung zogen die Teilnehmer in geschlossenen Zügen mit Fahnen und Uniformen durch die Stadt, wobei es zu allerhand nationalistischen Exzessen kam. Juden oder Personen, die man dafür hielt, wurden belästigt, Schmähslieder auf die Republik gesungen, Kaiserhochs ausgebracht usw. Die Polizei verhielt sich passiv.

Nachwehen der Stahlhelm-Feier

Groß-Salze, 25. August. Unter Leitung der **magdeburgischen Staatsanwaltschaft** fanden die Untersuchungen über die Vorgänge am Sonntag anläßlich der Stahlhelm-Feier statt. **Stadtrat Kasten** wurde unter dem Verdacht **verhaftet**, einer der Hauptbeteiligten zu sein, und in das Magdeburger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Verbotener Fackelzug für Lettow-Vorbeck

Halle (Saale), 25. August. Der Magistrat der Stadt Zeitz **verbot** einen von 25 Vereinen, darunter dem **Stahlhelm** beschlossenen Fackelzug vor dem in Zeitz weilenden General v. Lettow-Vorbeck mit der Begründung, daß durch diesen Fackelzug **Unruhen** von links zu befürchten seien.

Neueste Telegramme

Brand im Berliner Elektrizitätswerk

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 25. August. In den städtischen Elektrizitätswerken am Schiffbauerdamm ist heute vormittag ein Dachstuhlbrand ausgebrochen, der bald einen größeren Umfang annahm. Das Feuer griff bald auf das zweite Stockwerk des Hauses über. Die sofort alarmierte Feuerwehr ist noch damit beschäftigt, den Flammen Einhalt zu gebieten. Die auf dem gleichen Komplex befindlichen Maschinenräume sind nicht gefährdet. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

Legationsrat Limmer beurlaubt

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 25. August. In der Angelegenheit des Legationsrates Limmer, dessen Grabrede für den in Aussig bei dem Ueberfall einer deutschen Versammlung getöteten Reichsdeutschen Hoff im tschechischen Außenministerium Anlaß zu einer Beschwerde gab, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß Limmer beurlaubt worden sei und daß er auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren werde.

Japan berichtet

Paris, 24. August. Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Vicomte **Ishii** selbst vor dem Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage Bericht erstatten.

Das Unglück von R. 38

London, 24. August. Zu dem Luftschiffunglück meldet das Reuterbureau ergänzend: Der Führer des Luftschiffes, der schwer verletzt war, bewies Wunder der Geistesgegenwart, indem er das Luftschiff im Niedergehen auf den Fluß lenkte, anstatt in die Stadt, wo es schrecklichen Schaden verursacht hätte. Das Luftschiff war auf einer Probefahrt für den Flug nach Amerika begriffen. Die Besatzung zählte 49 Mann, darunter 5 britische Offiziere und einige amerikanische Marineoffiziere, die das Luftschiff über den Atlantischen Ozean führen sollten. Das Luftschiff war das größte der Welt, zirka 696 Fuß lang, faßte 2 750 000 Kubikfuß Gas und führte genügend Brennstoffe für eine Reise von 6500 englischen Meilen.

Die Saargrenze

Frankfurt a. M., 25. August. In der bereits gemeldeten Beendigung der Grenzfestsetzungsarbeiten der Saargrenzkommission wird noch berichtet, daß im ganzen 300 Kilometer Grenze zu ziehen waren. Davon entfallen 145 Kilometer zwischen Frankreich und dem Saargebiet und 155 Kilometer zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Die Grenze berührt 160 Gemeinden und hat fast zweihundert örtliche Untersuchungen notwendig gemacht. In Anbetracht der Tatsache, daß es sich hier um eines der dichtbevölkertsten Gebiete Mitteleuropas handelt, waren die Arbeiten besonders schwierig. Diese Schwierigkeiten wurden bekanntlich noch dadurch verschärft, daß der französische Vertreter in der Kommission versuchte, die Saargrenze entgegen den Bestimmungen des Saarbeckenabkommens im französischen Sinne zu berichtigen.

Schadenfeuer

Magdeburg, 25. August. Die Magdeburger Volksstimme berichtet aus Stendal: Ein riesiger Brand entstand Dienstag früh in der **Weizenmühle von Weißling**. Innerhalb kurzer Zeit wurden der Kornspeicher und mehrere Gebäude vernichtet, vor allem sämtlicher Weizen. Der angerichtete Schaden beträgt mehr als eine Million Mark. Die Feuerwehren mußten sich auf den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	23.	24.		Meßort	23.	24.
Moldau	Budweis . . .	— 24	— 34	Elbe	Brandeis	— 14	— 33
Moldau	Modran . . .	— 78	— 86	Elbe	Melnik . .	+ 11	+ 28
Iser	Jungbunzlau	— 15	— 26	Elbe	Leitmeritz	+ 40	+ 58
Eger	Laun	— 45	— 47	Elbe	Aussig . .	— 71	— 66
Elbe	Pardubitz . .	— 94	— 90	Elbe	Dresden .	— 208	— 214

Wärme der Elbe in Dresden: 21 Grad Celsius.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

S.P.D. 4. Unterbezirk

Dresden-N., Bezirk VI. Freitag den 26. August abends ... Uhr im Restaurant ... **Gruppenleitung mit Vortrag** ...

Bezirk Radebeul. Sonnabend den 27. August, abends 7½ Uhr, in der Krone in Radebeul **Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: **Vortrag** ... Dresden über: Die Aufgaben der ... Gemeindevertreter in der gegenwärtigen Zeit. ... Gemeindewahl. ... der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen ... dringend erforderlich.

Gruppe Hellerau. Freitag den 26. August, abends 8 Uhr, im Zeichensaale der Volksschule **wichtige Gruppenversammlung**. ... Die Leitung.

Bezirk Loschwitz. Sonnabend den 27. August abends ... Uhr im **Kaisergarten** in **Bühlau Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: 1. **Vortrag der Genossin** ... Die Frau und der Sozialismus. 2. Bericht ... 3. Parteiangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen ... wird erwartet.

Wachau. Sonnabend den 27. August, abends 8 Uhr, im Gasthof ... Erbgericht **Volksversammlung**. ... Dresden, spricht über: Sozialismus oder ... — ... Erscheinen wird erwartet.

Bezirk Weißig. Freitag den 26. August, abends ... Uhr, im ... Erbgericht in Schönfeld **Mitgliederversammlung**. ... Besuch wird erwartet, da wichtige Tagesordnung ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden.

Freitag den 26. August, abends 7 Uhr ...

Versammlung der Betriebsräte u. Vertrauensleute der Vertragsbetriebe u. gemischten Betriebe.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.

Da eventuell wichtige Beschlüsse zu fassen sind, muß jeder Betrieb vertreten sein. Die Verwaltung.

Einlaß nur gegen Vorzeigung der Kontrollkarte.

Pirna. Freitag früh von 7—8 Uhr, Verkauf rohen Rindfleisches ... und gekochten Rindfleisches ... Pirna, den 24. August 1921. Der Rat der Stadt Pirna.

Konzern-Geschädigte! ... Karl Schneider ...

Frau **Pauline Emma Vierling** geb. Schmidt. ... Familie Otto Vierling ...

Schnittkräfter Fertigmacherinnen Lackreparierer

... Walther Ed. Müller, Schuhfabrik ...

Maurer, Zimmerer

... Rudolf Döbich, Bauarchitekt, Coswig Sa.

Werkführer ... D. R. 350.

Hausmädchen ... Bitkow ...

Zeitungsträgerin für Braunsdorf gesucht. ... Schuster, Grumbach

Neu eröffnet!

Löbtauer Bekleidungshaus

Kesselsdorfer Str. 12.

Anläßlich der Geschäftseröffnung biete ich jedem Gelegenheit, sich noch im letzten Augenblick mit billiger Bekleidung zu versehen.

Trotz der bereits eingetretenen Preissteigerung verkaufe ich nur kurze Zeit infolge rechtzeitigen, günstigen Abschlusses und ganz geringer Preisberechnung noch zu den alten Preisen.

Ich offeriere:

Anzüge, ... schon von M. 335 an
Hosen, gestreift u. f. Arbeit von M. 65 an
Imprägn. Wettermäntel m. 295
Ulster, Raglans, Joppen besonders billig.

Ueberbringer dieses Inserates bekommen außerdem 5 % des Kaufwertes vergütet.

Löbtauer Bekleidungshaus

Kesselsdorfer Str. 12.

Herrenpreis

Rein Tabak-Zigarre Stück 45 Pf.
Sumatra-Zigarre Stück 35 Pf.
keine Zigarillos ... Wiederverkäufer hohen Rabatt.
Goldgelb orient. Zigarettentabak ...
Kentucky Blättertabak ... Pfd. 12.50, 15 u. 20 M.
Orient. Zigaretten m. Gold ...
Rauchtabak Pfd. 14 M., 16 M., 18 M., 20 M.
vorzügliche Qualitäten
fein Rippentabak ...

Cigarrenhaus ... Dresden, ... Pirna ...

Dritte Sächsische **Landeswohlfahrts-Geldlotterie.**
Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen, Dresden, König-Joh.-Str. 8.
Ziehung 19.—26. Sept. 1921.
Höchstgewinne im günstigsten Falle
125 000
Prämie 75 000
Haupt-gewinne 50 000, 20 000, 10 000, 5 000 usw.
Kleinster Gewinn 10 M.
Lose à 5 M.
Porto und Liste 1.35 M. bei den Staatslotterie-Einnehmern und den durch Plakate kenntl. Geschäften.

Spirituskocher Petroleumkocher Gaskocher ... Elektr. Kocher
Donath Dippoldiswaldaer Pl. 3.

8er Strickmaschine komplett ... zu verkaufen. ...

Haben Sie daran gedacht,

dass der Winter vor der Türe steht?

Baumwolle und Wolle steigen, Lohnerhöhungen folgen in Kürze!

Ich verkaufe noch zu alten Preisen, da ich alte Abschlüsse habe.

Trikot-Einsatz-Hemden		26.—	28.50	33.60	36.60
Mako-Hemden		24.—	28.50	30.—	38.—
Mako-Herren-Unterhosen		19.50	26.40	28.50	34.—
Knaben-Schwitzer	in Wolle u. Baumwolle	16.50	22.—	28.—	32.—
Damen-Schürzen		15.—	16.50	20.—	28.—
Herren-Socken	Paar	4.60	5.30	6.50	
Damen-Strümpfe	Paar 5.30	6.60	7.80	9.—	12.50
Bestes wollnes Strickgarn	10 Gebi.	7.50	9.50	13.50	16.80
	Pfund	37.50	48.—	68.—	80.—
Baumwollnes Strickgarn	Lage	3.50	4.95	5.50	
Hemdentuch, beste süddeutsche Ware	Meter	12.—	10 Meter 115.—		

Annähfüße alle Grössen. Annähen auf einer Spezialmaschine gratis, gleich zum Mitnehmen. Paar 3.50, 4.50 und 5.50. Sie können Amtliche Längen wieder verwenden.

Richter

Rosenstraße, Ecke Ammonstraße

Eigene Strumpf- und Wäschefabrik Dresden-Plauen

Linien 26, 23, 15, 7, 13.

Kammer-Lichtspiele

Wilsdruffer Straße 29 — Fernsprecher 17060

Ab heute Donnerstag!

Die Eisenbahnräuber (Der Todes-Cowboy)

Große Wild-West-Sensation

6 Akte.

Nervenspannende Handlung und starke Sensationen

Karlchens erster Brautbesuch

Lustspiel in zwei Akten

Mit **Karl Victor Plagge** in der Hauptrolle

Wochentags ab 4½ Uhr, Sonntags ab 3 Uhr.

Wiederverkäufer Rabatt!

Reiner Korn — Alter Nordhäuser Branntwein

Buenopalma Rum, reiner Rum, kein Verschnitt

C. Spielhagensche Weingrosshandlung

Hauptgeschäft: **Annenstr. 9**, Feuerwehr-Stadthaus. Filiale: **Bautzner Straße 9.**

Billige Preise!

Wiederverkäufer Rabatt!

Freitag und Sonnabend:
Rindfleisch z. Braten Pfund 8 M.
Hammelfleisch, fett 9
Gewiegtes, dreierlei 13
G. Tamm, ..., Markgraf-Heinrich-Platz 5

Roßhaarbetten ...

Flora-Theater

Heute u. folgende Tage, 8 Uhr abends: Oskar Junghähnels humor. Sänger und Schauspieler. Die Sennerin auf der Kippelalm ...

Gasthaus Deutscher Schütze, Dohna

Freitag den 26. August

Großes Schlachtfest. Alle Schlachtespezialitäten.

Sonntag den 28. August

Großer Bratwurstschmaus. Es laden freundlichst ein C. Gräfe und Frau.

Ratskeller, Heidenau.

Freitag den 26. August, abends 8 Uhr ...

Großes Gartenkonzert.

Ball-Anzeiger

für Freitag den 26. August:

Bürgergarten Lübecker Straße 16. ... Moderne Ballmusik.

Eldorado mit Tanz Eck u. Rutschbahn, Steinstr. ...

Reichshallen Palmstraße 18. ... Tanzmarken

Watzkes Tanzpalast Leipziger Straße ... Erstklass. Verkehr

Deutsches Haus, Großenhainer Straße ... Jeden Freitag der beliebte **Herren- und Damenball.** Herren 3.50, Damen 2.50 M. L. Orland und Frau.

Dir. **Trautmann und Frau** geben höflichst bekannt, daß ihre beliebten **Tanz-Lehr-Kurse** Anf. **Sept. u. Okt.** beg. — Privatunterricht jederzeit. Anmeldungen tägl. ... nur **Grunaer Str. 29**.

Otto Bergmann, Bankgeschäft

DRESDEN

im Herzfeldhaus (Eingang Schössergasse 5)

Telegramm-Adresse: Bergbank.

Postscheckkonto: Dresden 14 ...

Kassenstunden: 9—1 Uhr

Wertpapiere, ausländ. Zahlungsmittel

Börsenaufträge

Fachmännische Auskunftserteilung.

Klockmanns Homöopathie und Naturheilkunde

Behandlung sämtlicher Krankheiten ... Kräuterkuren ... Sprechzeit: 9—12, 4—6 Uhr. ... Gasse 3, II. (Ecke König-Johann-Straße).

Olympia-Theater Altmarkt

Der Verrat auf Schloß Treuenfels

Drama in 5 Akten. — In den Hauptrollen:

Mila de la Chapelle

Erich Kaiser-Titz.

Die Wunderwelt des Mikroskops

II. Teil — Naturwissenschaftlicher Film

Beginn der Vorführungen: Werktag: 4, 5½, 7 und 8½ Uhr. Sonntags: 3, 4½, 6, 7½, u. 9 Uhr.

Es steigen fortwährend

die Preise, da infolge der wirtschaftlichen Lage sämtliche Löhne erhöht werden müssen. Noch sind wir in der Lage, durch zeitigen Einkauf ganz besondere Vorteile zu bieten.

Herren-Anzüge in neuest. Ausf. u. nur gut. Stoffen 485.00, 395.00, **325.00**

Die neuesten Schlüpfer für Herbst u. Winter 575.00, 485.00, **385.00**

Maß-Anfertigung

von **Herren-Anzügen** aus nur guten Maßstoffen, Garantie für tadellosen Sitz. Preis inkl. Stoff, Zutaten und Arbeitslohn 825.00, 660.00, **525.00**

von **Schlüpfern und Ulstern** aus mod. Herbst- und Winterstoffen. Preis inkl. Stoff, Zutaten und Arbeitslohn 675.00, 585.00, **495.00**

Kaufhaus Weiner

Schössergasse 9, Ecke Frauenstr.

(Nähe Altmarkt)

Spülapparate

Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Ersatzteile

Frau Heusinger, Am See 37.

Spülkannen ... Frauenbinden ... Unterlagen ...

Sächsische Angelegenheiten

Lärm um nichts

In ihrem blinden Eifer, der sozialistischen Regierung wieder einmal etwas am Zeuge flicken zu können, glaubte die Schwarzmoderpresse einen fetten Happen gefunden zu haben, der sich aber bei näherer Beleuchtung als ein recht trockener Brocken entpuppt. Allen andern Blättern voran brachten die Leipziger Neuesten Nachrichten folgende tendenziös zurechtgemachte Notiz:

Der neue sächsische Justizminister Dr. Zeigner ist ein fixer Mann. Er sitzt zwar erst einige Wochen im Amt, die haben aber genügt, um ihn erkennen zu lassen, daß die mittleren Beamten im Justizministerium „nicht zuverlässig genug“ sind. Er hat aber das lebhafte Bedürfnis, wenigstens einen zuverlässigen Mann um sich zu sehen. Darum beruft er schleunigst einen mittleren Beamten aus Leipzig in das Justizministerium, und zwar auf den Posten eines Justizamtmannes. Der Glückliche ist ein Republ. ein Kanzleiassistent namens Lotze. Natürlich handelt es sich um den „Aufstieg eines Tüchtigen“. Herr Lotze hat seine Tüchtigkeit dadurch bewiesen, daß er bereits zweimal mit der ersten Prüfung durchgefallen ist. Das hindert Herrn Dr. Zeigner natürlich nicht, diesen Mann ohne weiteres zum Justizamtmann zu befördern, also an eine Stelle, um die sich Leute, die mehrere Prüfungen mit bestem Erfolg abgelegt haben, vergeblich bemühen. Herr Lotze steigt damit von der vierten Gehaltsklasse in die Klasse 9 (der Akademiker). Wie wir hören, soll Herr Lotze Vorsitzender der Leipziger sozialistischen Beamtengruppe gewesen sein.

Noch wilder fast gehen die Demokraten aus diesem konstruierten Anlaß ins Zeug. Sie haben nämlich bereits den Landtag mit folgender Interpellation beglückt:

Noch besteht im Beamtentum die Erregung über die Ernennung des Abg. Knöfel zum Amtshauptmann in Leipzig und schon wird ein weiterer Fall besprochen, der ebenso wie jener die Beamten beunruhigt. Dem Vernehmen nach ist ein Kanzlist einer Leipziger Justizbehörde zum Justizamtmann ernannt und ins Justizministerium berufen worden, der die für dieses Amt erforderliche Prüfung nicht abgelegt hat. Durch diese Berufung werden viel Beamte, die allen Anforderungen dieses Amtes entsprochen wurden, zurückgesetzt und in ihrer Berufsehre schwer gekränkt. Ist der Regierung dieser Vorgang bekannt und ist sie gewillt, ihn gut zu heißen?

Was ist nun an der mit so viel Aufregung in Szene gesetzten Geschichte Wahres? Folgende Erklärung von zuständiger Seite zeigt das: „Zur Ernennung des Justizamtmanns Lotze werden in der Tagespresse unrichtige Nachrichten verbreitet. Demgegenüber wird durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei festgestellt: Unzutreffend ist, daß der Justizminister „die mittleren Beamten im Justizministerium als nicht zuverlässig genug ansähe“. Weiter: Lotze ist niemals Vorsitzender der Leipziger sozialistischen Beamtengruppe gewesen. Gruppe IX umfaßt in der Hauptsache nicht juristisch vorgebildete Beamte, die Justizamtmänner der Gruppe IX sind Nichtjuristen. Die Beförderung zum Justizamtmann ist von der Ablegung einer Prüfung nicht abhängig. Keine einzige Justizamtmannsstelle ist bisher mit einem Juristen besetzt gewesen. Die Stelle, für die Lotze als Justizamtmann ernannt worden ist, hatte bereits bisher ein Justizamtmann inne. Sämtliche Dienststellen, auch das Personalamt, haben vor der Ernennung Lotzes bestätigt, daß die Ernennung gegen keine Bestimmungen verstößt. Die Behauptung, Lotze sei an der Ernennung Dr. Zeigners zum Justizminister „nicht ganz unschuldig“, ist eine durch nichts begründete Unterstellung. Damit erledigen sich wohl alle Angriffe.“

Gemeinde und Amtshauptmannschaft

In der Gemeinde Neudorf im Erzgebirge, einer größeren Arbeitergemeinde mit 2000 Einwohnern, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter jetzt ihre Ämter niedergelegt. Ueber die Ursachen zu diesem auffälligen Schritt läßt die Chemnitzer Volksstimme aus Neudorf folgendes mitteilen:

Unsere Gemeinde, eine rein ausgesprochene Arbeiterwohngemeinde, hat von jeher große Aufwendungen für Erwerbslose und auswärts Arbeitende gehabt. Infolge der verfehlten Gemeindepolitik vor dem Kriege besteht in unserm Ort keine einzige nähere Fabrik. Viele Arbeiter sind deshalb ohne Beschäftigung oder arbeiten auswärts. Selbstverständlich müssen diese Leute unterstützt werden. Allein im letzten Jahre betrug das Sechstel der Gemeinde für die Erwerbslosen 80 000 Mark. Dafür mußte Deckung geschafft werden. Der Gemeinderat beschloß deshalb Gemeindesteuern. Eine von den sozialdemokratischen Vertretern beantragte Wasserkraftsteuer nahm der Bezirk weg. Eine Gewerbesteuer wurde erst nach Monaten von der Amtshauptmannschaft genehmigt. Die Klavier- und Harmoniumsteuer wurde von derselben Behörde unter Umgehung des Bezirksausschusses zurückgesandt. Der Satz (30 Mark) sei zu hoch. Nachdem der Bezirksausschuß Kenntnis davon erhalten hatte, wurde der ursprüngliche Satz genehmigt. Kostbare Wochen waren inzwischen verstrichen. Eine Wohnungsluxussteuer, die den Neudorfer Verhältnissen angepaßt war, wurde von der Amtshauptmannschaft monatelang verzögert, bis sie unwirksam geworden war. Wieder war eine Steuerquelle verstopft. Eine Hausschlachtsteuer wurde rundweg abgelehnt. Die vom Lande vorgeschlagene Bounerente nahmen die Gemeindevertreter an und beschlossen, prozentual nach oben gestaffelte Zuschläge zu erheben. Die Amtshauptmannschaft legte flugs ihr Veto ein und verlangte — gleichmäßige Zuschläge. Sie sträubte sich gegen eine Mehrbelastung der Besserbemittelten. Diese Tendenz, die mit irdischen Gütern Gesegneten in Schutz zu nehmen, zieht sich wie ein roter Faden durch alle amtshauptmannschaftlichen Verfügungen. Vor etwa einem halben Jahre war vom Gemeinderat die Mindesteinkommensteuer nach dem Vorschlage des Staates beschlossen worden. Schweren Herzens hatten die Gemeindevertreter dieser Belastung der ärmeren Bevölkerung zugestimmt. Und siehe da, diesmal galoppierte der sonst träge Amtsschimmel mit einer verblüffenden Schnelligkeit. Im Handumdrehen war die Steuer genehmigt. Allerdings konnte Neudorf ihre Früchte nicht ernten. Das schönste Stück aber leistete sich die Amtshauptmannschaft mit der Behandlung einer vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Fremdensteuer. Statt die Steuer möglichst zu beschleunigen, damit sie dieses Jahr noch wirken könne, tangierte man in der Amtshauptmannschaft mit den vereinigten Protest vom Bürgerbund und bürgerbündlerischen Gastwirten und sandte den Steuervorschlag prompt an den Gemeindevorstand zurück. Dem besorgten Gemeindeoberhaupt, das in dankenswerter Weise Schritte unternahm, die Steuer noch dieses Jahr wirksam zu machen, teilte man kaltblütig mit, daß alle Anstrengungen vergeblich wären. Dieses Jahr würde doch nichts aus der Fremdensteuer. Außerdem sei diese Steuer, die nur eine bestimmte Klasse treffe, einzig und allein für die Hebung des Fremdenverkehrs zu verwenden, soll sie Aussicht auf Genehmigung haben. Mit andern Worten: das Geld kann wohl dazu benutzt werden, den „ruhebedürftigen“, gutgenährten Sommerfrischlern Ruhebänke hinzulegen, aber niemals dazu, die Not der armen Bevölkerung zu lindern. Das ist auch eine Auffassung.

Durch all diese und noch andre finanzpolitische Maßnahmen angeekelt und vom schärfsten Mißtrauen gegen eine reaktionäre Amtshauptmannschaft erfüllt, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beschlossen, von ihren Aemtern zurückzutreten. Sie wollten sich als Sachverwalter des Gemeindewohls nicht zur bloßen Bewilligungsmaschine herabdrücken lassen. Jederzeit hatten sie sich ehrlich bemüht, die Gemeindefinanzen zu heben. Sie hatten Steuerquellen erschlossen, die schon lange in andern Bezirken sprudelten. Da aber die Amtshauptmannschaft drauf und dran war, durch ihre Steuerpolitik die Gemeinde zu benachteiligen, verweigert die sozialdemokratische Fraktion von jetzt an die Mitarbeit. Der Kampf zwischen Amtshauptmannschaft und Gemeindevertretung hat damit nach zweijähriger Dauer seinen vorläufigen Abschluß erreicht.

Was aber sagt der Herr Minister des Innern zu solcher Politik einer ihm unterstellten Behörde?

Tagung der Gewerbeaufsichtsbeamten

In den Tagen vom 25. bis 27. August 1921 findet in Dresden die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten statt. Die Tagung beansprucht weit über die näher beteiligten Kreise hinaus insofern ein großes allgemeines Interesse, als auf dieser Tagung neben besonderen Fragen der Standes- und Berufsinteressen vor allem wichtige Zeitfragen sozialpolitischer und sozialhygienischer Art behandelt werden, die für die Industrie wie für den Schutz und die Gesundheitspflege der Arbeiter und Angestellten in Handel und Industrie von Bedeutung sind.

Sächsischer Gemeindetag

Am 27. August findet im Neuen Rathaus zu Chemnitz eine Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages statt, in der der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen und die Vorbereitung der Mitgliederversammlung des im Oktober d. J. in Chemnitz stattfindenden Gemeindetages zur Tagesordnung stehen. Weiter wird sich der Vorstand mit verschiedenen Finanzfragen, darunter der Gründung einer Heimatsteuervereinigung, mit einer Anregung des Wirtschaftsministeriums auf Herausgabe einer Verordnung wegen Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen und mit der Unterstützung der bedürftigen Rentenempfänger der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung befassen. Weiter soll zur Beratung gelangen die Frage der Uebernahme der höheren Schulen auf den Staat, die Herausgabe einheitlicher Richtlinien für die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten für das ganze Land, die Unterbringung der noch unversorgten Beamten aus den abgetretenen Gebieten und aus den sogenannten Abbauverwaltungen und verschiedene weitere Punkte.

Betrügerischer Geschäftsführer

Der Geschäftsführer des Einkaufsvereins für Beamte in Glauchau, Müller aus Hartmannsdorf, wurde wegen Unterschlagung von mehreren tausend Mark verhaftet. Seine Vertrauensstellung hat er sich durch gefälschte Zeugnisse verschafft. In seiner Wohnung wurden mehrere Schußwaffen mit scharfer Munition vorgefunden.

Gefährdete Obstbäume

Wie der Landes-Obst- und Gartenbauverein ermittelt hat, sind eine große Anzahl angepflanzter Obstbäume infolge der Dürre nur wenig, oft gar nicht belaubt und viele von ihnen drohen einzugehen. Es wird daher empfohlen, besonders an Straßenpflanzungen noch jetzt gründlich zu bewässern, damit eine genügende Herbstwurzelbildung eintreten kann. Sind einzelne Bäume welk geschrumpft, aber sonst noch lebensfähig, so empfiehlt sich deren Herausnahme, das Einlegen derselben ins Wasser und nach 24 Stunden nach erfolgtem Wurzelschnitt das erneute Pflanzen, mit dem eine gründliche Bewässerung verbunden werden muß.

Leipzig. Die Zahl der Aussteller für die Leipziger Herbstmustermesse vom 28. August bis 3. September d. J. ist größer als zur Frühjahrsmesse. Ebenso übertrifft die Zahl der angemeldeten Einkaufsfirmen die früher zu gleicher Zeit festgestellte Ziffer.

Einen Postscheck-Schwindler gefaßt

Leipzig, 22. August. Ein langgesuchter Postscheck-Schwindler ist endlich gefaßt worden. Von der Kriminalpolizei und der Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. wurde schon seit über einem Jahre ein gefährlicher Scheckschwindler, der unter verschiedenen Namen operierte, gesucht. Insgesamt hat er die Postverwaltung um einen Betrag von ungefähr 300 000 M. geschädigt. In den letzten Tagen der vorigen Woche hatte die Kriminalpolizei festgestellt, daß der Betrüger mit dem Tischler Erich Zettel, im August 1900 zu Oelsnitz geboren, dessen Schwager beim Postscheckamt in Leipzig in Stellung ist, identisch ist. Zettel hat sich anfangs dieses Monats von Leipzig nach Frankfurt abgemeldet und hat einen Paß für das besetzte Gebiet ausstellen lassen. Ein höherer Polizei- und ein Postbeamter aus Leipzig erschienen am Sonntag bei der Kriminalpolizei in Frankfurt, um nach Zettel zu forschen. Dieser hatte inzwischen ein Zimmer gemietet, wo er von den Beamten am Sonntag vormittag festgenommen wurde. Er hat nach anfänglichem Leugnen dem Leipziger Postbeamten ein Geständnis abgelegt, daß er gemeinsam mit seinem Schwager Hans Thieß diese Betrügereien verübt und Urkundenfälschungen begangen hat. Zettel wurde nach Leipzig gebracht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Eine unbeabsichtigte Wirkung hatte in Großbiesnitz die Sprengung von Baumwurzeln. Bei Vergrößerungsarbeiten im Pfarrgarten sollten einige Stöcke gesprengt werden. Durch die Explosion wurden gegen 200 Fensterscheiben in der Umgebung zertrümmert, so daß ein ganz beträchtlicher Schaden entstanden ist. Die anwesenden Leute kamen mit dem bloßen Schrecken davon. — Wegen Verbrechens im Sinne von § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs (Mißbrauch von Kindern unter 14 Jahren) wurde der Invalide Gottfried Robert R. aus Plauen zu acht Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Stadt-Chronik

Klante sozialisiert

Im Berliner Zirkus Busch sprach Klante über seine Gründungspläne und sagte, sein Betrieb ist der Anfang der Sozialisierung. Darüber spottet Sling in der Vossischen Zeitung in folgender Glosse:

Klante macht es so: Er nimmt das Geld — — Verzeihung, er nimmt es nicht: das Volk, das geliebte und ihn wiederliebende, bringt es ihm.

Also: Das Volk bringt Klante Geld, erst dann nimmt er es und kauft davon eine Schnapsfabrik. Dann eröffnet er Likörstuben, in denen sich das Volk wohlfühlen soll. Und das Volk kommt, fühlt sich wohl, infolge des Schnapses, den es trinkt und bezahlt. Hierdurch hat die Schnapsfabrik glänzende Einnahmen, die es ermöglichen, das anvertraute Geld dem Volke zurückzugeben.

Genaue Rechner könnten herausfinden, daß das Volk den Schnaps zweimal bezahlt hat, erstens bevor er fabriziert wurde, zweitens nachdem man ihn getrunken hat. Der Gewinn, den das Volk trotzdem dabei hat, ist zweifellos das unbeschreibliche Wohlgefühl.

Aber könnte man mit Recht von Sozialisierung sprechen, wenn Klante — was ihm durchaus möglich wäre — das Geld zurückzahlte? Nein. Klante lacht dazu. Er nimmt also das nicht zurückgezahlte Geld, gründet damit eine Zeitung, und das Volk bezahlt die Zeitung, indem es sie abonniert. Von den Abonnementsgeldern bezahlt Klante die Kosten der Inserate, die ihm keine andre Zeitung abnimmt. Hierdurch erzielt die Zeitung glänzende Einnahmen, und Klante wäre

---

96

König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung

Von Upton Sinclair

„Sei kein Narr, Hal. Ich wollte dich in Sicherheit bringen, es dürfte zu Kämpfen kommen.“

Eduard warf sich zwischen Hal und die Tür, sie rangen miteinander. Doch war der Aeltere nicht mehr der Athlet, der junge, sonnengebräunte Gott, der er einst gewesen: während er am Schreibtisch gesessen, hatte der jüngere Bruder den Körper in harter Arbeit gestählt. Hal schleuderte ihn beiseite, erreichte die Tür und raste die Anhöhe hinunter.

•

Als Hal die Hauptstraße erreichte, sah er die Menge vor dem Bureau zusammengerottet. Ein Blick genügte, um zu erkennen, daß etwas geschehen war. Leute liefen in verschiedenen Richtungen, gestikulierend, schreiend. Einige sahen ihn kommen, rannten mit lauten Rufen auf ihn zu. Als erster erreichte ihn Klowoiki, der kleine Pole, atemlos, bebend vor Erregung stammelte er: „Sie haben das Komitee hinausgeworfen!“

„Hinausgeworfen?“

„Ja, den Canon hinunter.“ Der kleine Mann machte wilde Gebärden, die Augen drohten ihm aus dem Kopf zu fallen. „Sie haben das Komitee fortgeführt. Eine ganze Rotte … lauter Flintenmänner! Wie sie zur Tür herauskamen … alle gefesselt … Die Flintenmänner hielten sie, hinderten sie am Schreien … Man kann nichts machen. Autos waren da, ohne Pferde, wie nennt man die?“

„Automobile?“

„Ja, drei. Sie wurden hineingestoßen, schnell, schnell, dann den Berg hinunter, wie der Teufel. Alle sind sie fort. Unser Streik ist hin!“ Der kleine Pole endete mit einem Verzweiflungsschrei.

„Nein, unser Streik ist nicht hin!“ rief Hal — „noch nicht!“

Plötzlich sah er, daß ihm sein Bruder gefolgt war; keuchend kam er an, packte Hal beim Arm: „Fort von hier!“

Und Hal mußte sich, während er noch Klowoiki ausfragte, des Bruders erwehren, doch erhielt er unerwartete Hilfe: der kleine Pole fauchte wie eine zornige Katze und ging mit gekrallten Händen auf Eduard los. Hals würdevoller Bruder war in Gefahr, sich all seiner Würde zu begeben, doch fing Hal Klowoikis Arm auf. „Lassen Sie ihn“ — sagte er — „er ist mein Bruder.“ Der kleine Mann wich verblüfft zurück.

Hal sah Andropulos herbeieilen. Der Griechenknabe hatte gesehen, wie man das Komitee fortführte: es waren ihrer neun gewesen: Wauchope, Tim Rafferty, Mary Burke, Marcelli, Zammaki, Rusick und noch drei andre, die am Abend vorher als Dolmetscher gedient hatten. Alles hatte sich so rasch abgespielt, daß die Menge kaum zum Bewußtsein gekommen war.

Nun aber, da es ihnen klar geworden, waren die Leute außer sich vor Wut, erhoben geballte Fäuste, beschimpften vornehmlich die Beamten und Polizisten, die auf den Bureaustufen standen. Schrille Racherufe wurden laut.

Hal erkannte die Gefahr, er glich einem Manne, der eine glimmende Zündschnur beobachtet. Mehr denn je bedurfte diese polyglotte Horde der Führung, einer weisen, ruhigen, fähigen Führung.

Die Menge, seiner Anwesenheit bewußt werdend, umbrandete ihn gleich wilden Wogen; brüllend umringten sie ihn, wohl hatten sie ihr Komitee verloren, doch war ihnen Joe Smith geblieben. Joe Smith! Hurra für Joe Smith! Die Flintenmänner sollten es bloß wagen, den anzurühren! Sie schwenkten die Mützen, wollten ihn auf ihre Schultern heben, damit alle ihn sehen können.

Einige riefen, er solle reden. Hal strebte den Stufen eines nahegelegenen Gebäudes zu, Eduard folgte, ihn an den Rockschößen haltend. Eduard wurde gepufft und gestoßen, seine Würde verließ ihn, doch verließ er seinen Bruder nicht. Da Hal die Stufen emporsteigen wollte, schrie ihm Eduard verzweifelt zu: „Warte noch! Warte! Willst du zu diesem Mob sprechen?“

„Natürlich. Begreifst du nicht, daß sonst ein Unheil geschieht?“

„Du wirst getötet werden, einen Kampf provozieren. Viele dieser armen Teufel werden erschossen werden. Sei vernünftig, Hal, die Gesellschaft hat bewaffnete Polizisten, deine Leute sind unbewaffnet.“

„Eben deshalb muß ich zu ihnen sprechen.“

Diese Diskussion ging unter erschwerenden Umständen vor sich: der ältere Bruder hielt den Arm des jüngeren umklammert, der sich freizumachen versuchte; unten brüllte, wie aus einem einzigen Munde, die Masse: „Reden! Reden!“ Einige Nahestehende hörten es ebenfalls, wie Klowoiki, daß ein Fremdling ihren Führer belästige; sie drängten sich vor, wollten eingreifen. Schließlich gab Eduard den Kampf auf, der Redner stieg die übrigen Stufen hinan und wandte sich der Menge zu.

•

Hal hob den Arm, zum Zeichen, daß er Stille verlange. „Kameraden!“ — rief er. — „Sie haben unser Komitee hinausgeworfen, meinen, derart den Streik zu brechen, doch werden sie erkennen, daß sie im Irrtum sind!“

„Das stimmt! Du hast recht!“ brüllten unzählige Stimmen auf.

„Sie vergessen, daß wir eine Gewerkschaft haben. Hurra für die Nord-Tal-Gewerkschaft!“

„Hurra! Hurra!“ Der Ruf warf sich gegen die Canonwände, das Echo gab ihn wieder.

„Hurra für die große Gewerkschaft, die uns zur Seite stehen wird — die der vereinigten Bergleute Amerikas!“

Und abermals ward der Ruf aufgenommen, hallte wider. „Hurra für die Gewerkschaft! Hurra für die Bergmannsvereinigung!“ Ein großer amerikanischer Bergmann stand ganz vorn, seine Stimme gellte in Hals Ohren gleich einer Dampfpfeife.

„Jungens“ — begann Hal von neuem, sowie er sich verständlich machen konnte — „nehmt einen Augenblick all euern Verstand zusammen. Ich habe euch gewarnt, habe euch gesagt, daß sie versuchen werden, uns herauszufordern. Nichts wäre ihnen angenehmer, als wenn es hier zu einer Meuterei käme und sie so Gelegenheit bekämen, unsre Gewerkschaft aufzulösen. Vergeßt es nicht, Jungens: gelingt es ihnen, uns zu Gewalttaten zu reizen, so ist die Gewerkschaft verloren — und die Gewerkschaft ist unsre einzige Hoffnung!“

Wieder erhob sich der Schrei: „Hurra die Gewerkschaft!“ Hal ließ sie in zwanzig Sprachen brüllen, bis sie genug zu haben schienen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] das Volk die Einzahlungen zurück- [illegible] [illegible] mit Sozialisieren identisch wäre.

[illegible] ist niemand Klante das Geld und [illegible] zusammen brachen alle Großbanken; denn Klante [illegible] nicht darüber den Kopf zerbrochen, wie [illegible] nur weil das Verlangen zur Ablösung der Arbeit fehlt. Klante findet [illegible] Es hält einfach das ganze Volk an. [illegible] die Sozialisierung vollendet, das Volk fühlt sich wohl, und Klante lacht dazu.

•

Der „Schutzverband deutscher Sparbanken und Bankkonzerne" telegraphiert aus Berlin, daß die Nachricht von der Schließung von 112 Sparbanken in Berlin nicht zutreffe.

•

Herr Rhau in der Neue Gasse legt Wert auf die Richtigstellung, daß er nicht der Inhaber der [illegible] Sparzentrale, sondern nur deren Vertreter ist. Inhaber ist ein Herr [illegible]

Ein Luxussteuer-Kuriosum

Nach einem amtlichen Erlaß des Reichsfinanzministers vom [illegible] sind [illegible] „Sträußchen", also [illegible], aus Feld-, Wald- und Wiesenblumen in gleichem Maße der Luxussteuer wie solche aus Treibhausblumen. Dagegen bleibt eine [illegible], auch wenn sie mehr als [illegible] M. kostet, von der Luxussteuer frei, denn die einzelne [illegible] ist eben kein Gebinde und keine Verbindung.

Also: Das Bukett, das die [illegible] Braut, der Kranz, den die [illegible] haben [illegible] Die [illegible]

Wohin [illegible] auch [illegible]!

Vormerkungen auf Wohnungen

Das Dresdner Wohnungsamt schreibt uns: Vielen [illegible] die Einrichtung, daß bestimmte leerstehende oder freiwerdende Wohnungen für bestimmte Wohnungsuchende vorgemerkt werden können. Nicht alle Wohnungsuchenden werden zur Vormerkung zugelassen, sondern nur die unter den als „vordringlich" [illegible] Anlage [illegible]

[illegible] das Wohnungsamt in Eingaben [illegible] und mündlichen Verhandlungen auf die irrige Auffassung, daß mit der Vormerkung ein Anrecht auf die betreffende Wohnung erworben werde. Die Vormerkung bedeutet lediglich, daß der Wohnungswunsch des Vorgemerkten bei der Wohnungsverteilung durch die Vermittlungsstellen [illegible] in Erwägung gezogen und geführt [illegible] wird. Dabei kann sich herausstellen, daß andere (auch nicht vorgemerkte) Wohnungsuchende aus dringenden Gründen die betreffende Wohnung zugeteilt werden muß. Würde [illegible] Grunde der vorgemerkte Wohnungsuchende die Wohnung erhalten, so würde eine durchaus ungerechtfertigte Bevorzugung für diejenigen geschaffen werden, die in der glücklichen Lage sind, auf Grund ihrer besseren Verbindungen und besseren Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse vor anderen vom Freiwerden einer Wohnung Kenntnis zu erhalten. Auch alle übrigen Wohnungsuchenden, die durch Krankheit oder übergroße Belastung mit Berufsgeschäften gehindert werden, nach freiwerdenden Wohnungen zu fahnden, würden ungerechtfertigt benachteiligt werden.

Die schwarze Schmach

Vor einiger Zeit war der französische Botschafter in Berlin bei der deutschen Regierung wegen des Films „Die schwarze Schmach", der eine Zeitlang auch in Dresden vorgeführt wurde, vorstellig geworden, da er geeignet sein sollte, die deutsch-französischen Beziehungen zu trüben. Das Auswärtige Amt hatte die französischen Einwendungen als stichhaltig anerkannt, um so mehr, als die deutsche Regierung bereits vorher einem französischen Hetzfilme gegen Deutschland Einspruch erhoben hatte. Das Außenministerium wandte sich infolgedessen an den preußischen Minister des Innern als die in Frage kommende Landeszentralbehörde. Auch der preußische Innenminister schloß sich den außenpolitischen Bedenken des Auswärtigen Amtes an und beantragte bei der Filmoberprüfungsstelle das Verbot. In einem langen Gutachten hat die oberste Instanz für Filmzensur das Verbot auch endgültig ausgesprochen, weil die krasse Darstellung des Films nicht nur vereinzelt vorgekommene Fälle im besetzten Gebiet konzentriert wiedergibt, sondern tatsächliche Unwahrheiten enthält. Während der Film, der als Propagandafilm für das In- und Ausland gedacht war, behauptet, nur tatsächliche Nummern der schwarzen französischen Truppen wiedergegeben, konnte amtlich kein Fall festgestellt werden, daß ein solches Mädchen in ein Bordell für weiße oder farbige französische Soldaten mit Gewalt verschleppt worden ist; auch ist kein Fall vorgekommen, daß ein Deutscher bei der Befreiung eines deutschen Weibes aus solchem Bordell von Ententetruppen erschossen worden ist. Diese Szenen spielen sich aber in dem Film ab. Auch ist die Behauptung des Films, daß 40 000 schwarze Truppen im Rheinland seien, unrichtig; tatsächlich sind nur 300 Schwarze im besetzten Gebiet; die sonstigen nichtweißen französischen Truppen sind nicht Schwarze, sondern Farbige. Aus diesen Gründen stützte sich die Filmoberprüfungsstelle auf den § 1 des Lichtspielgesetzes, wonach ein Film für unzulässig erklärt wird, wenn er geeignet ist, das Verhältnis Deutschlands zu einer auswärtigen Macht zu trüben.

Ein Opfer des Spiels

Wegen schwerer Unterschlagung im Amte und damit verbundener falscher Führung dienstlicher Listen hatte sich der 41jährige Postbetriebsleiter Hugo Paul Gerlach vor den Geschworenen zu verantworten. Er hat als Schalterbeamter beim Postamt 16 in der Zeit vom 16. Dezember 1920 bis Ende Januar 1921 60 000,19 M. unterschlagen und falsch verbucht. Der Angeklagte ist ein leidenschaftlicher Spieler und hatte eine größere Schuldenlast. Er gibt sie selbst auf etwa 10 000 M. an. Von einem Gläubiger, dem er 3100 M. schuldig war, wurde er besonders gedrängt. Darum behielt er am 16. Dezember das Geld, das er an seinem Schalter einnahm, bezahlte davon seine Schulden und gab es erst am nächsten Tag weiter, nachdem er weiteres Geld vereinnahmt hatte. [illegible] Am 17. Dezember wurde G. an einen gewöhnlichen Geschalter versetzt, wo er mit Geldannahme nichts mehr zu tun hatte. Er nahm aber entgegen seiner dienstlichen Obliegenheiten [illegible] Da er nun keine Bücher und Listen mehr hatte, mußte er das angenommene Geld auf andern Postämtern einzahlen. Ende Januar wurde er bei seinen Manipulationen entdeckt. Der Angeklagte war voll geständig. Nach der Entdeckung wurde er sofort vom Dienst suspendiert, mußte sich aber jeden Tag melden. Eines Tages [illegible] war er geflohen. Nach einigen Tagen wurde er festgenommen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen und bewilligten mildernde Umstände, worauf ihn das Gericht zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilte; 6 Monate der Strafe gelten als verbüßt.

Milde Strafen für Schleichhändler

Das Oberlandesgericht Dresden beschäftigte sich als Revisionsinstanz mit der Strafsache gegen den Gastwirt Milde und den Landwirt und Milchhändler Schiefter aus Schönfeld bei Dresden, die nach der Anklage in den Jahren 1919 und 1920 mit „markenfreiem" Schweinefleisch und Roggen- und Weizenmehl gehandelt haben und deswegen vom Landgericht zu [illegible] in einer Woche Gefängnis und 400 bzw. 300 M. Strafe verurteilt worden sind. [illegible] Schleichhandel mit Fleisch in Betracht kommt, [illegible] erkannt werden müsse, [illegible] vom 18. Dezember 1920 [illegible] Revision [illegible] der Landgericht [illegible]

Mitteilungen aus der Gesamtratssitzung vom 23. August 1921. Der Gesellschaft von Förderern und Freunden der Technischen Hochschule wird zur Unterstützung ihrer Bestrebungen für die Hochschule auf fünf Jahre ein laufender Beitrag von jährlich 10 000 M. gewährt. — Der Einbau von sechs Kleinwohnungen in der ehemaligen [illegible] im Jägerpark an der verlängerten Radeberger Straße in Dresden-Neustadt wird genehmigt. Die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 38 500 M. werden bewilligt. — Der Entwurf eines Ortsbauungsgesetzes für den Verwaltungsbereich der Stadt Dresden zum Gebäudesteuerschutz, das den im [illegible] Verwaltungsbeschlussentwurf vom 17. Juni 1921 aufgestellten Bestimmungen und Richtlinien entspricht, wird genehmigt. Zur Beschaffung von Leib- und Bettwäsche sowie von Kinderfarben und Säuglingswäsche für das Versorgungshaus werden 102 500 M. unter Einstellung in den Haushaltplan für das Versorgungshaus 1921 bewilligt. Die Bekanntgabe wird [illegible] Handelskassenleitung genehmigt. — Die Uebernahme des Grundstückes Hebbelstraße 10 in Cotta aus dem Vermögen der Sparkasse in das Eigentum der Stadtgemeinde und der Ausbau des Grundstückes als städtisches Volksbad wird beschlossen.

Einigungsamt der Stadt Dresden. Mit dem 1. September wird in dem Gebäude des Amtsgerichts Dresden-Neustadt, Hospitalstraße 7, Erdgeschoß, für alle Mietstreitigkeiten, die rechts der Elbe gelegene Grundstücke betreffen, eine Nebenstelle des Einigungsamtes eröffnet. Zur Erledigung der Umzugsarbeiten bleibt das Einigungsamt, soweit es rechts der Elbe gelegene Grundstücke betrifft, am 30. und 31. August für das Publikum geschlossen.

Der Bund Deutscher Untermieter (Sitz Dresden) gibt bekannt, daß besondere Richtlinien für Untervermietungen vom Einigungsamt Dresden aufgestellt worden sind und in der Geschäftsstelle des Bundes, Fürstenstraße 52, Erdgeschoß, eingesehen werden können. Das Einigungsamt wird hiernach um Veröffentlichung dieser Richtlinien nebst Anlage C in sämtlichen Tageszeitungen Dresdens gebeten.

Die spanischen Reiter vor der Altstädter Hauptwache können [illegible] einmal beseitigt werden. Sie bilden wahrlich keine Zierde für diese besonders vom Fremden [illegible] Stadtgegend. Sehr wünschenswert ist es darum, daß die [illegible] Stacheldrahtverhaue [illegible]

Die Näh- und Schneiderkurse für Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft und des Mittelstandes haben wieder begonnen. In nächster Zeit werden auch Putz-, Pelz- und Zuschneidekurse ihren Anfang nehmen. Noch können für alle Kurse Anmeldungen entgegengenommen werden. Preis für 4 Wochen 20 M. Auskunft und Anmeldung in der Kursusveranstaltungsstelle Dresden-N., Kaiser-Wilhelm-Platz 7, I. Geschäftszeit täglich von 10—2 Uhr.

Säuglingspflegelehrgang. Am 1. September wird Dr. med. O. Reich einen neuen, gebührenfreien Kurs über Säuglingspflege (Montags und Donnerstags) sowie über werdende Mutterschaft und Wochenbett (Dienstags und Freitags) beginnen. Die Lehrgänge finden abends $7\frac{1}{2}$—9 Uhr statt. Schriftliche oder mündliche Anmeldungen, auch durch Fernsprecher [illegible], bis spätestens 27. August bei Dr. Reich, Hopfgartenstraße 28, I.

Kameradschaftsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Dresden. Sonnabend den 27. August, abends $7\frac{1}{2}$ Uhr, Vollversammlung im Kaulbachhof.

Ein noch unaufgeklärter Fall. Am Donnerstag frühzeitig fand man in der alten Kiesgrube hinter dem Botanischen Garten eine junge Frauensperson vor, die sich aus der geöffneten Pulsader an der rechten Hand fast verblutet hatte. Da sie nicht vernehmungsfähig war, konnte zunächst nicht festgestellt werden, ob das Mädchen, das sich in schwangerem Zustande befindet, hatte Selbstmord begehen wollen, oder ob an ihm von dritter Seite ein Verbrechen verübt worden ist. Zu letzterer Annahme könnte man geneigt sein, da ein Messer oder irgend ein scharfes Instrument in der Nähe des Tatortes trotz wiederholtem Absuchen nicht gefunden werden konnte. In dem besinnungslosen Mädchen wurde die 19jährige Tochter einer in der Cranachstraße wohnhaften Witwe festgestellt. Das Mädchen wurde mit Unfallwagen dem Krankenhause Johannstadt zugeführt.

Plötzlicher Tod. Am Dienstag, nachm. 3 Uhr, fiel an der Johanneskirche ein Mann plötzlich zu Boden und verschied. In ihm wurde ein 41 Jahre alter Tapezierer festgestellt.

Gasvergiftung. Am Mittwoch nachmittag in der fünften Stunde wurde eine in der Ahornstraße wohnhafte 24jährige Ehefrau mit Gas betäubt aufgefunden. Sie hatte durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord verüben wollen, konnte aber durch Zuführung von Sauerstoff am Leben erhalten werden.

Selbstmord. Heute vormittag in der elften Stunde wurde in einer Wohnung der Kleinen Brüdergasse eine 18jährige Arbeiterin mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Das Mädchen war freiwillig aus dem Leben geschieden. Die an ihm 30 Minuten lang angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Selbstmordversuch. Mittwoch früh unternahm in ihrer Wohnung eine 33jährige Ehefrau durch Einatmen von Leuchtgas einen Selbstmordversuch. Durch Zuführung von Sauerstoff gelang es schon nach 10 Minuten, die Lebensmüde wieder zum Bewußtsein zu bringen.

Folgen des Hungers? Ohnmächtig zusammengebrochen ist auf der Emser Allee ein von Hamburg hierher gewanderter Mann, der weiter nach Pirna wollte. Er war vollständig erschöpft und mußte ins Johannstädter Krankenhaus gebracht werden.

Elternbund für Knabenmusik. Die Vereinigung wird kommenden Sonntag den 28. August wieder seine zahlreichen Freunde zu einem Ausmarsch nach dem Gasthof Mobschatz vereinigen. Unter klingendem Spiel aller Trommler-, Pfeifen-, Mundharmonika- und Feldtrompetenabteilungen wird sich der Zug Punkt 2 Uhr von der Hauptmarkthalle auf frisch-fröhliche Wanderung begeben.

Feuer im Keglerheim. Im Keller des an der Ostra-Allee gelegenen Keglerheims entstand am Mittwoch nachmittag ein Brand, der rasch um sich griff und eine Gefahr für das Gebäude bildete. Durch fahrlässiges Lagern am Kessel und Abzugsrohr waren Hobelspäne, Girlanden und sonstiger Abraum in Brand geraten. Das lodernde Feuer wurde bald gelöscht.

Ermordete Dresdnerin. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei handelt es sich bei der kürzlich in Berlin von dem Handelsmann Grohmann in der Langestraße ermordeten Frauensperson nicht, wie ursprünglich angenommen, um eine Schneiderin Emma Borezki. Dies ist vielmehr nur ein angenommener Name, die Ermordete ist vielmehr eine 30 Jahre alte Köchin Marie Ritsche, die aus Dresden gebürtig ist.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk

Veranstaltungen für Donnerstag

Dresden-Neustadt. Bezirke 1 bis 9, und Loschwitz. Abends 7 Uhr im Restaurant Kufal, Helgolandstraße 8, wichtige Besprechung der Bezirksführer.

Veranstaltungen für Freitag

Dresden-Neustadt. Bezirk 3. Abends $8\frac{1}{2}$ Uhr Vortrag des Genossen Lehrer Zapf über: Reisen im Hochgebirge. Um zahlreichen Besuch aller Gruppensitzungen und Mitgliederversammlungen wird dringend ersucht. — **Dresden-Neustadt, Bezirk 6.** Im Restaurant Königswald, Fürstenstraße 15, Gruppensitzung. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Hahn über: Kommunalfragen. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. — **Gruppe Leuben.** Im [illegible] Restaurant, Ecke Mehl- und Marktstraße, Vortrag des Genossen Paulus über: Die Aufgaben der Konsumvereine. — **Bezirk Trachenberge.** Im Restaurant Vergißmeinnicht Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Jeschmann über: Die Bedeutung der Presse für die Arbeiterschaft. Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich!

Sozialdemokratischer Beamtenausschuß. Dienstag den [illegible] August abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Saal 2. Die Vertrauensmänner haben die Parteigenossen in ihrem Bereich zu der Versammlung einzuladen. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht. Es dürfen nur Parteimitglieder an der Versammlung teilnehmen.

Die Neuregelung der Polizeistunde in Preußen

Der preußische Minister des Innern, Dominicus, hat, wie den V. P. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, an sämtliche an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin den folgenden Erlaß gerichtet:

Der Reichsminister des Innern hat den § 3 der Bekanntmachung, betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, vom 11. Dezember 1916 — R. G. Bl. Seite 1355 — mit Ablauf des 31. August d. J. außer Kraft gesetzt.

Ich ersuche nunmehr, nachdem damit die Wirtschaftspolizeistunde in Fortfall gekommen ist, die in der Folge maßgebende Polizeistunde entsprechend dem eingangs erwähnten Erlaß neu festzusetzen und hierbei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Vergnügungsparke, sogenannte Rummelplätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis [illegible] Uhr eintreten zu lassen.
2. Die Theatervorstellungen und alle Darbietungen, die zur gewerbsmäßigen Veranstaltung einer Erlaubnis aus § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, sowie für alle Tanzlustbarkeiten ist die Polizeistunde spätestens auf $11\frac{1}{2}$ Uhr festzusetzen.
3. Kaffees, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten [illegible] bei nachgewiesenem dringlichen Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszudehnen.

In diesem Rahmen sind gleichartige Betriebe grundsätzlich einheitlich zu behandeln. Erweist sich jedoch der Unternehmer oder der Wirt eines der in den Ziff. 2 und 3 bezeichneten Betriebe in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig oder ergeben sich aus seiner Geschäftsführung Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe und Sicherheit und Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung der Ortspolizeibehörde bis auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

In besonders gearteten Einzelfällen, die einer billigeren Regelung dringend bedürfen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen, in keinem Falle aber über 2 Uhr hinaus gestattet werden. Als Wohltätigkeitsveranstaltungen in diesem Sinne sind nur diejenigen anzusehen, zu denen gemäß der Bekanntmachung über Wohltätigkeitspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) die Erlaubnis eingeholt ist.

Der durch diesen Erlaß gezogene Rahmen darf unter keinen Umständen überschritten werden. Ueberhaupt ist dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Bestimmungen nur dem berechtigten Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen, nicht jedoch der Vergnügungs- und Verschwendungssucht gewisser Kreise Vorschub leisten. Es bedarf kaum einer Betonung, daß der Ernst der Zeit zur äußersten Zurückhaltung auf dem hier zur Erörterung stehenden Gebiet zwingt.

Ich ersuche, die Durchführung der Neuregelung so zu beschleunigen, daß sie mit dem 1. September 1921 in Kraft tritt.

Außerdem hat sich der preußische Minister des Innern in einem Rundschreiben an die Länder des Reichs gewandt mit der Bitte, im Sinne der im Reichsrat stattgefundenen Aussprache auf eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Polizeistunde durch sämtliche Länder hinwirken zu wollen.

Im übrigen werden also nunmehr die Ortspolizeibehörden und der Polizeipräsident von Berlin nicht mehr wie bisher in Einzelfällen, gegen die sich die Kritik gewandt hat, weitgehende Erlaubnisse zum Abweichen von der Polizeistunde geben können, sondern werden sich im Rahmen der angegebenen Richtlinien halten. Die einzig möglichen Ausnahmen, die für Wohltätigkeitsveranstaltungen, sind dadurch auf den richtigen Umfang reduziert, daß von Fall zu Fall die Verständigung mit den für die Beaufsichtigung der Wohltätigkeitseinrichtungen zuständigen Instanzen herbeigeführt sein muß, ehe die Erlaubnis zur Verlängerung der Polizeistunde erteilt werden kann.

Aus aller Welt

Unterschlagungen

Bad Ems, 25. August. Beim hiesigen Ein- und Ausfuhramt sind größere Unterschlagungen aufgedeckt worden. Vier Kassenangestellte wurden bereits in Haft genommen. Ein weiterer, der sich auf Urlaub befindet, ist der Teilnahme verdächtig. Die unterschlagene Summe wird bis jetzt auf 500 000 M. geschätzt. Das Kassenbuch, daß von den Tätern am Sonnabend in die Lahn geworfen wurde, ist wieder aufgefunden.

Aus dem dunkelsten Paris.

Paris, 25. August. Vor wenigen Tagen wurde bei Paris aus der Seine die Leiche einer jungen Frau gelandet. Bei den Nachforschungen durch die Polizei wurde festgestellt, daß augenblicklich in Paris 212 weibliche Personen verschwunden sind. Alle Familien, in denen junge Frauen oder Mädchen vermißt werden, werden in einem der Presse übergebenen Aufruf aufgefordert, Nachricht zu geben.

Der Mörder Großmann überführt

Berlin, 25. August. Nach [illegible]stündiger Vernehmung durch die Kriminalkommissare Dr. Riemann und Wernburg ist der Mädchenmörder Großmann am Mittwoch abend vollständig zusammengebrochen und hat sich in solche Widersprüche verwickelt, daß man ihm jetzt mit ziemlicher Sicherheit zwei weitere Morde zur Last legen kann, nämlich den an der Prostituierten Anna Schubert und den an der unbekannten Frau, deren zerstückelte Leichenteile aus dem Luisenstädtischen Kanal gefischt wurden.

Gekentert

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Bergen auf Rügen, daß auf dem Kleinen Jasmunder Bodden eine Jacht mit fünf Insassen kenterte. Drei Insassen ertranken. Bisher konnte nur eine Leiche geborgen werden.

Autounfall

Kiel, 25. August. Bei der Levensauer Brücke stürzte am Mittwoch abend ein Auto der Kruppschen Schiffswerft von der hohen Böschung in den Nord-Ostsee-Kanal. Der Chauffeur wurde getötet, sein Begleiter erlitt schwere Verletzungen.

Kesselexplosion im Leunawerk

Halle (Saale), 25. August. Auf dem Leunawerk erfolgte aus unbekannter Ursache eine Kesselexplosion, bei der 14 Arbeiter zum größten Teil schwere Verletzungen davontrugen. Nähere Einzelheiten fehlen noch über das Unglück.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bezirksausschuß Dresden-Neustadt

Sitzung vom 24. August 1921

Amtshauptmann Dr. Lempe eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 31. Juli, wonach als Bekanntmachungsorgane der Amtshauptmannschaft bestellt sind die Radeberger Zeitung, Amtsblatt der Stadt, der Dresdner Anzeiger, soweit die Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft als Stadtgemeinde in Frage kommen, der Generalanzeiger in Bischofswerda und das Radebeuler Tageblatt. Der Vertreter im Bezirksausschuß hatte vorgeschlagen, auch die Dresdner Volkszeitung wegen ihrer starken Verbreitung im Bezirk als Bekanntmachungsorgan der Amtshauptmannschaft zu bestellen. Merkwürdigerweise hat das Ministerium zu diesem Vorschlage überhaupt keine Stellung genommen, jedenfalls schweigt sich die Verordnung hierüber aus, was um so auffälliger erscheinen muß, als in der Vorlage des Ministeriums sich an die Vorschläge des Bezirksausschusses, der die Verhältnisse im Bezirk am besten zu beurteilen vermag, hält.

Die Effektenmitteilung der Landeshauptkasse, bei der die Wertpapiere der Amtshauptmannschaft im Werte von [illegible] M. meist Kriegsanleihen, aufbewahrt werden, will eine Verwaltungsgebühr von 50 Pf. pro 1000 M. Nennwert einführen. Der Bezirksausschuß beschloß, sich vorläufig mit dieser Gebührenerhebung einverstanden zu erklären.

Eine Eingabe des Besitzers der im Lößnitzgrunde gelegenen Meierei-Mühle führte zu einer Steuerdebatte. Der Besitzer hat einen Tanzplan im Freien errichtet, der sich einer ziemlichen Benutzung erfreut, und bittet um eine Ermäßigung der Tanzsteuer, was er damit begründet, daß sein Lokal meist von Ausflüglern besucht wird, von denen manche, eben weil der Tanzplatz im Freien liegt, gern einige Male tanzen würden, die aber davon absehen, weil sie die hohe Tanzkartensteuer für den ganzen Abend entrichten müßten. Es wird deshalb vorgeschlagen, für jeden Tanz eine Steuer von 5 Pf. zu erheben. Man beschloß, versuchsweise und ausnahmsweise auf Widerruf für den Tanzplan im Freien von dem Grundsatze der Tanzkartensteuer abzugehen und hier eine Tourensteuer von 10 Pf. zu erheben, wobei man sich von der Erwägung leiten ließ, daß Tanzdielen im Freien etwas Neues sind und sich die Steuer solchen Neueinrichtungen anpassen müsse.

Ein Notruf Nansens

Berlin, 24. August. Die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe in Genf hat dem deutschen Zweig ihrer Organisation, der Vereinigung für Kinderhilfe in Charlottenburg, von nachstehendem Telegramm Mitteilung gemacht, das ihr von Nansen aus Riga zugegangen ist:

Hunderttausende russischer Kinder starben Hungers. Millionen andern droht das gleiche Schicksal. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur eine unverzügliche und unter Aufbietung aller Kräfte einsetzende Hilfsaktion hier Rettung bringen kann, bitte ich die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe, einen Aufruf an alle Männer und Frauen, besonders an alle Kinder zu richten, damit sie alles, was sie erübrigen können, zur Rettung der hungernden Kleinen in Rußland hergeben. Niemals noch im ganzen Weltgeschehen ist Hilfe so verzweifelt notwendig gewesen wie hier. Ich danke Ihnen für Ihr Eintreten, nach meinen Weisungen zu handeln, und ich verbürge mich für eine gerechte Verteilung aller für Rußland bestimmten Gaben, die durch meine Hände gehen.

Die Vereinigung der Kinderhilfe in Charlottenburg hat folgendermaßen geantwortet:

Der ergreifende Aufruf Frithjof Nansens bestärkt uns in unsrer Absicht, Rußland jede Hilfe zur Verfügung zu stellen, die wir aufzubringen in der Lage sind. Da Deutschland jedoch, soweit es sich um Lebensmittel und Kleidungsstücke handelt, nicht einmal seinen eigenen Bedarf decken kann, sondern auf die Wohltätigkeit des Auslandes angewiesen ist, werden wir gezwungen sein, unsre Hilfeleistung darauf zu beschränken, daß wir Rußland unsre Arbeitskräfte und organisatorischen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Die Einzelheiten unsres Aktionsplans werden wir Ihnen schriftlich unterbreiten.

Z. R. 2 vernichtet

41 Mann tot

London, 25. August. Das große lenkbare Luftschiff Z. R. 2 ist gestern oberhalb von Hull explodiert. Die Trümmer sind in den Humberfluß gefallen. Das Luftschiff kehrte von einer versuchsweisen Kreuzfahrt vor der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans zurück. Das Personal des Luftschiffes umfaßte 47 Mann; 6 davon blieben am Leben. Nach einer weiteren Meldung aus Hull überflog das Luftschiff um 5¾ Uhr die Stadt, als es explodierte, in zwei Teile zerbrach und in den Humber stürzte. Das Luftschiff war an die amerikanische Regierung verkauft. Als das Luftschiff die Stadt überflog und abstürzte, sahen Tausende von Menschen zu. Sie ergriffen panikartig die Flucht, um sich vor den abstürzenden Trümmern zu retten, von denen ein Teil auf den Viktoriastrand fiel. Ein Augenzeuge erzählte, daß er mindestens vier Mann mit Hilfe von Fallschirmen abspringen sah, darunter an einem Fallschirm drei Mann. Durch die heftige Explosion wurden alle Fensterscheiben und Scheiben der Schaufenster der am Flusse liegenden Häuser und Geschäftsgebäude zerstört.

London, 25. August. Wie aus Hull gemeldet wird, fanden bei dem Absturz des Luftschiffes Z. R. 2 von der 45 Mann starken Besatzung 41 Mann den Tod gefunden.

Deutsches Reich

Die Schulaufsichtsbeamten gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Der Reichsverband der deutschen Schulaufsichtsbeamten, dessen Mitglieder den verschiedensten politischen Parteien angehören, hat in einer Versammlung in Eisenach auch zum Reichsschulgesetzentwurf Stellung genommen. Reichstagsabgeordneter Dr. Beuermann (Deutsche Volkspartei) faßte die allgemeine Meinung, daß der Entwurf die Volksschule zu fördern nicht imstande sei, daß er vielmehr als ein Werkzeug der Zertrümmerung der Einheit unsres Schulwesens angesehen werden müsse, zusammen in einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung, in der es heißt: Sollte der Entwurf in dieser Form Gesetz werden, so würde der Wiederausbruch von Schulkämpfen, die die vergangenen Kulturkampferscheinungen weit hinter sich lassen, wahrscheinlich sein und der Einheitsschulgedanke mit der Freiheit des Lehrerstandes begraben werden. Die Schulaufsichtsbeamten Deutschlands rufen daher den Reichstag auf, dieses gefahrbringende Schulgesetz abzulehnen.

Der Schaffner vor dem französischen Kriegsgericht

Mainz, 24. August. Das französische Kriegsgericht hat einen Schaffner aus Köln, der bei einer Zugrevision auf dem Bahnhof Bingen eine Dame ohne Paß auf ihre Bitten vor Unannehmlichkeiten bewahren wollte und sie in einen verschließbaren Raum des Zuges eingeschlossen hatte, zu einem Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Krise im englischen Bergbau

London, 25. August. Die Krise in der Kohlenindustrie wird täglich ernster. Im Kohlenbecken von Durham befinden sich 25000 Bergleute ohne Arbeit. 160 Bergwerke mußten ihren Betrieb einstellen.

Gewerkschaftsbewegung

Gemaßregelte Bergbauangestellte

Vor dem Schlichtungsausschuß in Aachen wurden am 19. August die ersten Streitfälle der aus Anlaß des Streiks massenhaft gemaßregelten Bergbauangestellten verhandelt. Leider stellte sich der Schlichtungsausschuß nicht auf den Standpunkt, daß die Aussperrungen fast ausnahmslos als Maßregelungen zu betrachten sind. Es mag das wohl darin begründet sein, daß der Vorsitzende in Bergbaufragen Laie und über die einschlägigen Fragen zu wenig unterrichtet ist. Das hat ihm veranlaßt, in etwa 50 Proz. aller Fälle sich auf die Arbeitnehmerseite zu schlagen und die Nichtwiedereinstellung als berechtigt anzuerkennen. Wenn es nicht gelingt, für die nächsten Verhandlungen einen Vorsitzenden zu bestellen, der Bergfachmann und mit der Tatsache bewußt ist, daß durch das Diktat der Arbeitgeber hier eine große Anzahl von Existenzen ruiniert werden soll, so muß damit zu rechnen sein, daß 100 und noch mehr Bergbauangestellte nicht wieder eingestellt werden. Die Arbeitgeber haben dazu noch in „loyalster Weise“ dafür gesorgt, daß im nahen limburgischen Kohlenrevier und vielleicht auch im Aachener keiner von ihnen unterkommt. Was sagen dazu die Behörden und die Regierungsstellen?

Genossen und Genossinnen!

Gedenkt der notleidenden russischen Bevölkerung und zeichnet auf die Sammellisten

„Rußland-Hilfe“

Gebe jeder, was in seinen Kräften steht, denn die Not des russischen Proletariats ist unermeßlich. Dem von Hunger und Seuchen schwer heimgesuchten Volke zu helfen, ist

Ehrenpflicht der Arbeiterschaft

Die Not der Versicherungsangestellten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns folgendes mitgeteilt:

Der vorläufige Abbruch der Reichstarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe macht den Ausbruch ernster gewerkschaftlicher Kämpfe wahrscheinlich. Es dürfte daher durchaus zeitgemäß sein, einmal die Bezahlung der Versicherungsangestellten zu untersuchen:

Die zur Zeit noch gültigen zwei Reichstarifverträge sichern einem 30jährigen Versicherungsangestellten im Vollgenuß sämtlicher Dienstalterszulagen eine Monatsbesoldung von rund

M.	in Gehalts-Klasse	nach Abzug der Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen M.
1216,50	I	1050,—
1070,—	II	925,—
983,50	III	850,—
912,50	IV	775,—

Das Elend der Versicherungsangestellten tritt erst voll in die Erscheinung, wenn man die im vorigen Monat vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, aufgenommene Statistik auswertet:

Von 550 befragten Dresdner Versicherungsangestellten befinden sich nur

12 (2 Prozent)	in der Gehaltsklasse	I
80 (14 "	" "	II
118 (20 "	" "	III
145 (25 "	" "	IV

140, also rund 25 Prozent, sind Jugendliche von 17 bis 20 Jahren und 62 (11 Prozent) Lehrlinge.

Daß unter solchen traurigen Verhältnissen an eine Sicherstellung des Alters bzw. der Angehörigen oder an die Anschaffung und Ergänzung von Wäsche und Kleidung seit Jahren nicht mehr gedacht werden kann, ist einleuchtend. Von einer Befriedigung geistiger Bedürfnisse kann man überhaupt nicht sprechen!

Die Angestellten sind jetzt am Ende ihrer Kraft! So darf es nicht weitergehen, wenn nicht ein ganzer Berufsstand ins Elend getrieben werden soll! Die Arbeitgeber müssen sich darüber klar werden, daß sie mit ihrer verfehlten Tarifpolitik ein gerüttelt Maß Schuld daran tragen, wenn schon jetzt die besten Kräfte der Versicherungsbeamtenschaft in andre Handels- und Industriezweige hinüberwechseln.

Die Versicherungsgesellschaften, die einen erheblichen Teil des deutschen Volksvermögens verwalten und die gerade darum dem Volksganzen gegenüber zur Erfüllung edler Aufgaben berufen erscheinen, lassen ihre Pflichten völlig außer acht. Wie sollen die durch den Krieg dem Volkskörper geschlagenen Wunden geheilt werden, wenn in allen Gewerben die Arbeitgeber als eines ihrer vornehmsten Ziele den Kampf gegen die Bestrebungen ihrer eigenen Angestellten um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage betrachten, wie dies im Versicherungsgewerbe der Fall ist?

Tarifverhandlungen im Fuhrgewerbe

Aus Leipzig wird berichtet: Ueber den für das sächsische Fuhr- und Verkehrsgewerbe geltenden Landestarifvertrag haben gestern in Dresden Kommissionsverhandlungen stattgefunden, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnten. Beide Parteien sind dahin übereingekommen, daß die Verhandlungen am kommenden Montag im sächsischen Arbeitsministerium, dessen Zustimmungserklärung zu diesem Vorschlag bereits vorliegt, fortgesetzt werden.

Graveure! Da in den am Sonnabend, dem 20. August, gepflogenen Verhandlungen über Wiedereinstellung und Anerkennung der neuen Lohnsätze zu § V des Reichstarifs keine Einigung erzielt werden konnte, müssen die Leipziger Kollegen noch weiter im Streik verharren. Ueberstunden und Streikarbeit sind abzuweisen.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Ursachen des Streiks in der Ehrlichtmühle in Heidenau

Wenn es heute bereits wieder Arbeitgeber gibt, die da glauben, die Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen treten zu können, so darf wohl gesagt werden, daß Herr Fiebig bis heute überhaupt noch kein Gesetz kennt, welches die Rechte der Arbeiterschaft vorsieht. Er hat einen für das Mühlengewerbe seit vorigem Jahr geltenden Tarifvertrag persönlich mitunterzeichnet. Trotzdem zahlt er nun seit 16. August 1920 seinen Arbeitern 50 bis 60 M. Lohn pro Woche zu wenig, was ein Defizit für den einzelnen Arbeiter seit dieser Zeit von ungefähr 2800 M. bedeutet.

Auch bringt es Herr Fiebig fertig, seine Arbeiter zu zwölfstündiger Arbeit zu zwingen, ja vor kurzem haben zwei Arbeiter 40 Stunden bei dreistündiger Arbeitspause arbeiten müssen, ohne auch nur einen Pfennig an Auslösung oder Fahrgeld zu bekommen. Der Lehrbursche mußte am letzten Sonntag von abends 6½ Uhr bis Montag früh arbeiten. Es wäre den Gewerbeaufsichtsämtern warm zu empfehlen, sich einmal um die Arbeitszeit in den kleinen und mittleren Mühlen zu kümmern und uns unterstützen und derartige Zustände abändern zu helfen.

Da nun die Arbeiter selbst nicht in der Lage waren, diese menschenunwürdige Behandlung zu beseitigen, gingen die Vertreter der Organisation vor. Herr Fiebig erklärte aber auch diesen, er verhandele nicht mit ihnen, er mache das mit seinen Leuten wie er wolle, und wenn, sagte er noch am ersten Streiktage, noch einmal ein Vertreter der Organisation seinen Hof betrete, werde er ihn verprügeln.

Der öffentlichen Meinung und vor allen Dingen der arbeitenden Klasse glauben wir, derartige Zustände einmal unterbreiten zu müssen. Deshalb bitten wir nun, die Streikenden in ihrem schweren Kampfe um das ihnen schriftlich von Herrn Fiebig zugestandene Recht zu unterstützen, keiner darf sich finden, der diesen Arbeitern in den Rücken fällt, die sich von einem Unterdrücker befreien wollen.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Sachsen beschlossen

Der Arbeitgeberverband für das sächsische Holzgewerbe teilt mit, daß seine Vertreterversammlung die Aussperrung ab 27. August im ganzen Vertragsgebiet beschlossen hat, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Arbeit in den Streikorten nicht aufgenommen ist. Weiter wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeberkommission zu Verhandlungen bereit sei; vom Holzarbeiterverband wurde daraufhin geantwortet, daß auch seine Verhandlungskommission jederzeit zu Verhandlungen bereit ist. Sollte sich inzwischen eine Verhandlungsmöglichkeit nicht ergeben, so wird das Holzgewerbe in Sachsen durch die Aussperrungsbeschlüsse der Unternehmer schweren Erschütterungen entgegengehen. In Betracht kommen etwa 30000 Arbeiter.

Aussperrung in Breslau

Aus Breslau meldet die Telunion: Infolge des von den Ausständischen in der Versammlung am Mittwoch vormittag gefaßten Beschlusses hat nunmehr die Direktion die gesamte Arbeiterschaft der Linke-Hoffmann-Werke ausgesperrt. Der Betriebsrat der Werke hat dem Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt die Angelegenheit unterbreitet, der sich schon am Donnerstag vormittag mit dieser Sache beschäftigen wird. Ausgesperrt sind rund 8000 Mann.

Einigung über die Forderungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter

Unter dem Vorsitze des Reichskanzlers haben am Mittwoch über die Frage der Aufbesserung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden Verhandlungen mit den Führern der politischen Parteien des Reichstages und den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches stattgefunden. Die Beratungen nahmen einen günstigen Verlauf. Es wurde eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte erzielt. Nur noch einige Einzelheiten der zu treffenden Neuregelung in einigen Punkten machen besondere Beratungen notwendig. Mit der Feststellung des für beide Teile annehmbaren Endergebnisses der Verhandlungen ist für Donnerstag zu rechnen.

Nützen die Erwerbslosenräte den Arbeitslosen?

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Von gewerkschaftlicher Seite ist im Laufe der Jahre des öfteren darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Erwerbslosenräte weder die Regierung veranlassen konnte, auf Arbeitsgelegenheit hinzuwirken, noch auf eine bessere Gestaltung der Unterstützungseinrichtungen. Die Arbeiten auf diesen Gebieten haben stets die berufensten Vertreter der Arbeitslosen, die Gewerkschaften, geleistet, wie auch die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in den Parlamenten des Reiches, Staates und der Gemeinden.

Die Mitglieder der Erwerbslosenräte haben meist in dem Dienst radikaler politischer Parteien gestanden, als deren Vertreter sie sich betrachteten. Daher resultierte auch ihr systematischer Kampf gegen die Gewerkschaften; oft versuchten sie auch, aus ihrer Tätigkeit als Erwerbslosenrat einen neuen Beruf zu machen. Ihre Tätigkeit als Beratungsstelle der Arbeitslosen ist nur untergeordneter Natur. Daß sich zu den Posten eines Erwerbslosenrates nicht immer Personen drängten, die in der Arbeiterbewegung einen guten Ruf hatten, ist bekannt.

Erst kürzlich beschäftigte sich wieder eine Arbeitslosenversammlung in Heidenau mit der Geschäftsführung des Erwerbslosenrates. Als der Vorsitzende Rechenschaft ablegen sollte, erschien er nicht und verschwieg eine in einer vorhergehenden Versammlung eingesetzte Revisionskommission, daß in den Büchern nur verausgabte Gelder geführt waren. Es haben vom 10. Januar 1921 bis 14. April 14 Konferenzen stattgefunden, für welche nach Angabe des Schriftführers die Gelder verbraucht worden sind. Die Posten belaufen sich für den Januar auf 600 M., für Februar 600 M., für März 288 M. und für April auf 300,50 M. Hingegen stand demgegenüber keine einzige Einnahme oder Sammelliste zu Buch. Im Mai waren in 10 Tagen 600 M. verausgabt. Die Erekutive hatte eine in den Betrieben gesammelte Summe von 1000 M. für sich beschlagnahmt. Das bei einer Firma gesammelte Geld in Höhe von 404 M. war zur Deckung der Schuldenlast des vorherigen Erwerbslosenrates verwendet worden. Der Erwerbslosenrat hatte sich selbst eine wöchentliche Zulage von 12 M. pro Mitglied bewilligt. Die Nachforschungen konnten kein klares Bild ergeben, weil die Bücher nicht ordnungsgemäß geführt waren und die Belege verbrannt worden sind.

So wie hier ist es auch anderswo. Im Plauenschen Grund war ein Erwerbslosenratsvorsitzender lange tätig, der dann wegen Diebstahls 3 Monate Gefängnis verbüßen mußte. Einer der Kassierer des Erwerbslosenrates ist den Gewerkschaftsmitgliedern als früherer Kollege bekannt, der sich öfter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von Arbeitskollegen Geld lieh, aber das Zurückgeben vergaß. Im Plauenschen Grund ist auch nie eine einwandfreie Abrechnung des dortigen Erwerbslosenrates erstattet worden, trotzdem in den Betrieben erhebliche Summen auf Listen gesammelt worden sind.

Diese Fälle mögen vorerst genügen. In den Betrieben braucht nicht zum Zwecke der Förderung der Interessen der Arbeitslosen gesammelt werden. Dieses ist Aufgabe der Gewerkschaften, die sich bisher auch stets der arbeitslosen Mitglieder angenommen haben.

Die Lage im polnischen Korridor

Ueber die Lage im Korridor werden von unterrichteter Seite folgende Mitteilungen gemacht: Der Ausstand der polnischen Eisenbahnarbeiter hat den Verkehr durch den Korridor nahezu völlig lahmgelegt. Allem Anschein nach scheint die polnische Bahnverwaltung auf die Bahnstrecke keinen Einfluß mehr zu haben. Die Streikleitung scheint zwar geneigt zu sein, auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs hinzuwirken, ist dazu jedoch tatsächlich nicht in der Lage. Der Güterverkehr ist völlig eingestellt, wogegen die sogenannten Korridor-D-Züge in der Nacht zum Mittwoch weitergeführt worden sind, während gestern die täglichen D-Züge nicht übernommen wurden. Ueber die Streikgründe liegen widersprechende Meldungen vor. Die polnische Regierung hat die Verkehrstruppen mobilisiert. Da der Streik eine außerordentliche Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens bedeutet und vor allem Ostpreußen aufs schärfste benachteiligt wird, hat die deutsche Regierung in Warschau entsprechende Schritte unternommen.

Aus Danzig wird weiter gemeldet: In Posen sind die Minister Darowski und Trzcinski eingetroffen, um mit den Eisenbahnern zu verhandeln. In Dirschau hielten gestern die Postbeamten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß die Postbeamten sich dem Streik nicht anschließen sollen. Der Eisenbahnverkehr vom Reich nach Ostpreußen und zurück wird durch polnisches Militär unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

Front gegen die Moskauer Internationale

Aus Innsbruck wird heute gemeldet: In der gestrigen Sitzung des internationalen Steinarbeiterkongresses wurde von den Vertretern der R. P. T. und der Moskauer Internationale ein gestelltes Ersuchen, dem Kongreß beiwohnen zu dürfen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wie die [illegible] meldet, sind bei dem gestern hier eröffneten Bauarbeiterkongreß Deutschland, Holland, Italien, Dänemark, Österreich, Luxemburg, Ungarn und die Tschecho-Slowakei vertreten. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden wurde ein Antrag der Italiener auf Zulassung der Vertreter des russischen Bauarbeiterverbandes abgelehnt, worauf die italienischen Delegierten den Saal verließen.

Lehrreiche Zahlen zum revolutionären Gewerkschaftskampf

bietet der Bericht über die Mitgliederbewegung und Beitragsleistung im [illegible] Vierteljahr des Bezirks Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Es sei daraus folgendes hervorgehoben:

Verwaltungsstelle	Mitgliederzahl	Zunahme	Abnahme	pro Kopf geleisteter Wochenbeitrag
Leipzig	31 516	—	1 811	10,78
[illegible]	7 160	—	1 707	10,55
[illegible]	5 098	—	544	10,61
[illegible]	114	1	—	10,12
Chemnitz	11 173	—	984	11,80
Dresden	[illegible]	—	251	12,00
Meißen	3 442	—	65	12,02
[illegible]	2 908	8	—	12,01
Freiberg	2 386	128	—	11,81
Riesa	4 225	103	—	11,84
[illegible]	3 178	138	—	11,61

Die ersten vier Orte hatten in den letzten Jahren Ortsverwaltungen, deren Mitglieder der U.S.P., teilweise auch der K.P.D. angehörten. Die Aufklärung der Mitglieder und die Führung der Arbeitskämpfe erfolgten grundsätzlich nach den Regeln des revolutionären Klassenkampfes. Das Resultat ist bei der heutigen Wirtschaftslage ein großer Rückgang in der Mitgliederzahl, welcher noch stärker ist, wenn, wie aus den pro Kopf geleisteten Wochenbeiträgen ersichtlich, auch die „Papierkassenkämpfer“ gestrichen worden wären. Bei 12 Beiträgen wäre die Mitgliederabnahme bei [illegible] noch um 3500 größer gewesen.

Demgegenüber vergleiche man die Zahlen der Orte, die in Ostsachsen liegen, wo die S.P.D. vorherrschend ist und die Leitung nach den [illegible] Regeln des Gewerkschaftskampfes geführt wird. Es sind meist noch geringe Zunahmen zu verzeichnen und die Mitgliederzahl war, wie aus der Beitragsleistung ersichtlich, eine gleichmäßige.

Die Zahlen zeigen deutlich, wohin das Hineintragen der Politik in die Gewerkschaften führt. Mit leeren Phrasen erzieht man keine Klassenkämpfer. Mögen auch die Dresdner Metallarbeiter daraus eine Lehre ziehen und vor allen Dingen auch danach handeln.

25. Deutscher Ortskrankenkassentag

Dritter Tag

Zu Beginn der heutigen Verhandlungen wird mitgeteilt, daß 500 Kassen mit [illegible] Millionen Mitgliedern durch 184 Arbeitgeber, [illegible] Versicherte und 106 Angestellte vertreten sind, außerdem eine Anzahl Gäste.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand ist die Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen. Den einleitenden Vortrag hält Lehmann, Dresden. Alle Kassen klagen über die ständig steigenden Kosten der Arznei- und Heilmittel. Maßnahmen der Behörden gegen den Arzneiwucher haben sich als unwirksam erwiesen. Von 1914 zu 1920 sind die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel der Krankenkassen von 3,50 M. auf [illegible] M. je Mitglied gestiegen. Man hat viel von der Sozialisierung der Apothekenwesens gesprochen. Jetzt ist es recht still davon geworden. Man darf nicht warten, bis die Apothekenreform einmal kommt, sondern muß selbst schon Abwehrmittel ergreifen. Der Arzt hat eine große Machtbefugnis in der Verschreibung von Arzneimitteln. Er muß deshalb einer gewissen Kontrolle unterstellt werden. Damit sind auch schon manche Ersparnisse gemacht worden. Es gibt billige Heilmittel, die die gleiche Wirkung haben wie teure. Der Apotheker ist [illegible] und er muß die Preise zahlen, die von der [illegible] des Großhandels aufgestellt werden. Redner zeigt an einzelnen Beispielen, wie ganz gewöhnliche Verbandmittel, mit denen die Apotheken gar keine Arbeit haben, mit Aufschlägen von [illegible] bis 100 Prozent verteuert werden. Redner legt eine Entwicklung von noch der Selbsthilfe der Kassen durch eigenen Bezug der Heilmittel empfohlen und eine Reihe Maßnahmen von der Gesetzgebung gefordert werden. Der gesamte Verkehr der Apotheken-Handverkaufsartikel ist freizugeben. Apotheken sollen gemeinsam von Krankenkassen und Gemeinden betrieben werden. Es äußert sich noch zu der Heilmittelfrage Apotheker Linara, Breslau. Er ist mit der Entwicklung im allgemeinen einverstanden und tritt namentlich für Aufklärung des Publikums ein. Frühdorf, Dresden, weist nochmals eingehend die Vorteile der Heilmittel-Vertriebsgesellschaft des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen dar. Es handle sich dabei nicht um ein geschäftliches Unternehmen, sondern um eine Einrichtung von und für Versicherte. In Bayern besteht eine ähnliche Einkaufsgesellschaft der Kassen. Lehmann, Dresden, bittet, es zu ermöglichen, daß die bayerische Einkaufsgesellschaft mit der des Hauptverbandes zusammen arbeitet. Es folgt eine Änderung der Verbandssatzung. Als Mitgliedsbeitrag zum Hauptverband sind jährlich 7 M. auf jedes Kassenmitglied zu zahlen. Von der Neuwahl des Verbandsvorstandes wird abgesehen, da die meisten Kassen noch nicht die Neuwahl der Kassenorgane vorgenommen haben. Sie soll im nächsten Jahre nachgeholt werden. Als Orte für die nächstjährige Tagung werden Karlsruhe und München vorgeschlagen. Die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer erklärte sich für Karlsruhe. Es soll indes der Hauptvorstand die endgültige Entscheidung treffen. Mit einer Schlußansprache des Verbandsvorsitzenden Frühdorf wird die Tagung beendet.

Sport • Spiel • Körperpflege

Turnerschaft Striesen. Sonnabend den 27. August, abends 6½ Uhr, Vereinsvorturnerstunde in der 31. Volksschule, Jungmannstraße. Alle Vorturner müssen erscheinen. — Kinder-Abteilung. Sonntag den 28. August Kinder-Ausflug nach [illegible]. Abmarsch 2 Uhr nachmittags vom Pohlandplatz. Jedes Kind hat ein Trinkgefäß mitzubringen. Eltern herzlich willkommen.

Turn- und Sportverein Weißbufe. Sonnabend den 27. August, 7.30 Uhr, Festkommers auf der Goldenen Höhe. Sonntag den 28. August [illegible]jähriges Stiftungsfest. Früh 5 Uhr Weckruf. 5 Uhr Volkstümliche Wettkämpfe. 12.30 bis 1.30 Uhr Empfang der Brudervereine an der Turnhalle, 1.45 Uhr Stellen zum Festzug. 2 Uhr Abmarsch nach dem Festplatz. 2.15 Uhr Freiübungen. 3 bis 3.30 Uhr Faustball: [illegible]. Pannewitz 1 — Weißbufe 1b. Kleinschappel 1 — Weißbufe 1. Pannewitz 1 — Weißbufe 1b. Kleinnaundorf Männer — Weißbufe Männer. Tamburinball der Turnerinnen, Cotta — Weißbufe. 3.40 bis 4.30 Uhr Schlagball (Dresden-Striesen — Tunnelsdorf, Cotta-J. — Weißbufe-J.). 4.30 bis 5.15 Uhr Geräteturnen der Mitglieder und Jugend. 5.20 Uhr Radreigen der [illegible]. 5.50 Uhr Geräteturnen der Kinder. 5.50 bis 6.50 Uhr Fußball (Dresden-Cotta — Dresden-Plauen, Kleinnaundorf — Weißbufe). [illegible] 2.45 Uhr 400-Meter, 4.10 Uhr 1000-Meter, 4.20 Uhr Turnerinnen-Staffel 4 × 75 Meter, 5.30 Uhr Schweden-Staffel, 6.30 Uhr Jugend-Staffel 4 × 75-Meter. Kinder haben freien Eintritt.

Touristen-Verein Die Naturfreunde. Sonnabend den 27. August. Briesnitz-Coßebaude. Verwaltungssitzung 9 Uhr, Bahnschlößchen. — Gerbert, Jug.-Abt.: Sonnabend im Fiedlergrund, 7.30 Uhr, Eiselds Teiche. — Laubenstein. Tour mit Vorabend: Naturfreundehaus, Schöna, Edmundsklamm, Affensteine. Abf. 1½ Uhr in Geising. — Boxdorf. Tagestour mit Vorabend: Bielatal, Äußere Wände. Abf. 6.5 Uhr Hbf. — Radeberg. Tageswanderung mit Vorabend nach den Brießnitzer Teichen. Treffpunkt auf dem Großröhrsdorfer Dünen. Abf. 4.5 Uhr bis Ammern. — Bezirks-Gruppe Altstadt. Besuch der Ortsgruppe Briesnitz nicht Donnerstag den 25. August, sondern Freitag den 26. August. Abm. 7 Uhr Schützenhaus. — Sonntag den 28. August. Briesnitz. Besuch des Naturfestes im Schöner Grund vom Freidenkerbund, Ortsgr. Cotta. Treffen 1½ Uhr Cottaer Rathaus. — Dresden. Tagestour durch die Schrammsteine zum Naturfreundehaus. Abf. 6.10 Uhr nach Krippen. — Nachmittagstour: Grumbacher Park, Seidewitztal. Abf. 1.15 Uhr nach Heidenau. — Jug.-Abt. Tagestour: Schloß Weesenstein. Abm. 8 Uhr Endst. Linie 9, Leuben-Niedersedlitz. Nachmittagstour: Grundmühle, Goldene Höhe. Abm. 1.30 Uhr Endst. Linie 6, Räcknitz. Kletterfektion. Kleiner Zschand. Abm. 6 Uhr vom Naturfreundehaus. — Plauenscher Grund. Tagestour: Hockenstein, Zeisigstein, Dürre Biela, Grund. Abf. 5.40 Hbf. nach Langenhennersdorf. — Leuben. Tagestour: Schrammsteine, Hinteres Raubschloß. Abf. 5.30 Uhr bis Schmilka. Nachmittagstour: Besuch der Elbe zur Gründungsfeier der Ortsgruppe Heidenau. Abm. 2.30 Uhr Pillnitzer Fähre. — Loschwitz. Halbtagstour Lockwitzer Grund, Lochmühle. Treffen 1.30 Uhr Pirnaischer Platz. — Sektion Vereinsschaften. Halbtagstour nach Obermartha, Tannichtgrund. Abm. 1 Uhr vom Pirnaischen Platz. — Heidenau. 5. Gründungsfeier im Alten Gasthof, Heidenau-Nord. Beginn 4½ Uhr. — Pannewitz. Tour nach dem Bielatal. Abf. 6.10 Uhr. — Pirna-Copitz. Tagestour nach dem [illegible]berg. Abf. 6.34 Uhr von Pirna-Süd nach Berggießhübel. Kletterfektion. Schrammsteine. Abf. 6.34 Uhr nach Krippen. — Radebeul. Wanderung nach dem Heidemühlenteich. Treffen 1 Uhr, Sängerheim. — Schmiedeberg. Tageswanderung nach Tharandt (Kurhotel), Klingenberger Talsperre. Treffen 4½ Uhr am Bahnhof. — Wandergenossen und -genossinnen, nützt die letzten Sommersonntage, beteiligt euch an den Wanderungen und bringt Gäste mit!

Schwimmklub Triton, Mitglied des Arbeiter-Wassersport-Verbandes. Donnerstag den 25. August, abends 8 Uhr, Funktionär-Sitzung. Freitag den 2. September, 8 Uhr, im Gasthaus Cotta, [illegible] Straße [illegible] 13, Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alles muß anwesend sein! Übungsstunden im Bad am Dosthang, Hallenstraße, jeden Dienstag von 6¾ bis 8¼ Uhr für Nichtschwimmer. Jeden Sonnabend von 7½ bis 8¼ Uhr für Jugendliche und von 8¼ bis 9½ Uhr für Damen und Herren.

Briefkasten

Sch. in W. Diese atemversetzende Drohung hat sogar den Blaustift eicher Fassung gebracht.

H. H., Rabenau. Das ist eine Frage, über die nur eine Einspruch bei die oberste Steuerbehörde entscheiden muß. Das gilt von dieser wie von verschiedenen andern Zweifelsfragen über die neuen Steuervorschriften. Es wird vorerst das Landesfinanzamt entscheiden müssen.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Freitag den 26. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5, Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses.

Verantw. f. d. redakt. Teil: Edgar Hahnewald, Dresden. Für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Kaffee
Grossrösterei
Kaffee- Tee- Kakao-Handlung
Alfred Klemm, Webergasse Ecke Wallstraße
Telephon 22 020
empfiehlt feinste Mischungen
Kaffee-Niederlagen durch Plakate kenntlich

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Stadtverordnetenwahlen für die neugebildete Stadt Freital betr.
Nachdem das Ministerium über den Zusammenschluß der Gemeinden Deuben, Döhlen und Potschappel zu einer Stadt mit revidierter Städteordnung sowie das Ortsgesetz die Genehmigung des Ministeriums gefunden hat und diese Ortsgesetze in ordnungsmäßiger Weise bekanntgemacht worden sind, werden einem Beschlusse der beteiligten Gemeinderäte entsprechend Stadtverordnetenwahlen auf
Sonntag den 25. September 1921
ausgeschrieben.
Zu wählen sind 36 Stadtverordnete in allgemeiner gleicher und direkter Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das Nähere über die Wahlbezirke, die Wahlvorsteher, die Auslegung der Wahllisten usw. wird noch bekanntgegeben.
Gemäß § 13 der ministeriell genehmigten Wahlordnung wird hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen bis zum
13. September 1921
an den unterzeichneten Wahlkommissar aufgefordert.
Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Stadtverordnete zu wählen sind. Sie müssen von 30 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Der an erster Stelle stehende Unterzeichner gilt als Vertrauensmann für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar.
In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Vor- und Familiennamen aufgeführt und Stand, Beruf und Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Person kein Zweifel besteht. Von jedem Bewerber ist eine Erklärung beizufügen, daß er mit seiner Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden und bereit ist, für den Fall einer Wahl diese anzunehmen.
Die Bewerber sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Kein Bewerber darf in mehreren Wahlvorschlägen zugleich oder in einem Wahlvorschlag mehrfach aufgeführt sein.
Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge bzw. von ihren Bevollmächtigten spätestens am 17. September dieses Jahres bei Unterzeichnetem schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinsam zurückgenommen werden.
Wählbar sind nur deutsche Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben.
Nicht wählbar ist
1. wer entmündigt ist,
2. wer rechtskräftig zu Zuchthausstrafe verurteilt worden ist oder der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt,
3. wer der Befugnis zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt,
4. wer unter Polizeiaufsicht steht.
Deuben, am 23. August 1921.
Der Wahlkommissar. Thellmann.

Die mit Pensionsberechtigung ausgestattete Stelle des
Straßen- und Wassermeisters
soll möglichst am 1. Oktober d. J. neu besetzt werden. Besoldung erfolgt nach Gruppe 6 der Sächsischen Besoldungsordnung zuzüglich der jeweiligen Teuerungszulagen nebst Ortszuschlag. Nicht über 35 Jahre alte Bewerber, die in der Verlegung eines Wassernetzes sowie im Straßen- und Tiefbau Erfahrungen haben, wollen Gesuche bis längstens den 5. September d. J. einreichen.
Gorbitz, am 24. August 1921.
(Bez. Dresden) Der Gemeinderat. Fleischer, Gemeindevorstand

Schweine-Schmalz
garant. rein, frisch eingetr., 1 Pfund 14.50, bei 10 Pfd. 14.00
Butterhandl. Preiß, nur Scheffelstr. 9, Telefon 18848

Prima Kaninchen
schmackhaftes und billigstes Fleisch
Pfund nur 5.50 M.
solange der Vorrat reicht. —
Arthur Keller, Wildhandlung
Markthalle Antonspl., Galerie, St. 177.

Achtung! Pieschen, Leipziger Str. 120.
Prima fettes Hammelfleisch Pfd. 8.50
Hammelkeulen Pfd. 9.00
Pa. fett. Rindfleisch, z. Braten Pfd. 9.50
Pökelschweinsköpfe, Pfd. 8.00 Pökelschweineß 12.00
Frisches Ochsenfleisch Pfd. 10.00
Frisches herb. Ochsenfleisch, m. Zulage Pfd. 12.00
Frisch. Schweinefleisch, Pfd. 18.00 Koteletten 19.00
A. Sondhauss.

Billiges Fleisch!
Rindfleisch Pfd. 8 u. 10 M.
(ohne) 10 u. 12
Gewiegtes Pfd. 10
Gulasch 10
Pa. (hiesige) junge Lämmer billigst.
Schlösser, Schäferstr. 31.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 12.00 M.
Pa. Rindfleisch Pfd. v. 9.00 M. an
Frisch. Gewiegtes Pfd. 12.00 M.
Antonsmarkthalle, 2. Halle
Erdgeschoß, Stand 130/31. G. Klöß.

Kalbfleisch Pfund 10 und 11 M.
Rindfleisch (fett) Pfd. 9 und 10 M.
Antonsmarkthalle zweite Halle
Erdgesch. Stand 212 Prunzel.

Billig! Billig!
Rein holl. Kakao Pfd. 15.— u. 14.—
Feinste Hartgrieß-Makkaroni Pfund 7.80
Weizenmehl-Nudeln Pfund 6.60
F. W. Kretschmar, Ammonstrasse 38
nahe Falkenbrücke.

Nur Freitag und Sonnabend!
Billige Schweinsköpfe Pfd. M. 7.50
Prima Rauchfleisch Pfd. M. 12.00
„ Karbonadenspeck Pfd. 13.00
„ Schinken Pfd. M. 14.00
Schmalz zum Tagespreis.
Neustädter Markthalle
Stände 5, 47 und 48.
Max Däbler

Beile - Aexte
Sägen, Zangen, Hobel, Messer, Bohrer, Hämmer
Donath
[illegible]

Reste u. Partiewaren
Herren- und Damenstoffe, Samt, Manchester, Futter- und Strandstoffe
Scholz gegenüber der Markthalle
Antonspl. 9

Große Auswahl
[illegible]
Gr. Brüdergasse 9, 1.
Sonnabend [illegible]

Möbel [illegible]

Die Volksschule als Einheitsschule
von Dr. Max Apel.
Preis 1 Mark
Zu haben in der Volksbuchhandlung

Mutter-Spritzen usw. Spülkannen
empfiehlt nur Versandhaus „Diskret“
Preißiger Pl.
[illegible]

Bruchkranke
[illegible]
Dr. med. Laabs
Spezialarzt f. Bruchleiden
Berlin W 35, Potsdam. Str.

Unser Angebot
bietet Ihnen ganz besondere Vorteile
Blusen in Batist, Marocain, Seide, Dimmne und Sportform von 12.50 an
Kostümröcke aus [illegible] Straßenstoffen, elegante Blusenröcke 125.00, 23.50
Kleider in [illegible] 75.00
Mäntel, neue Eingänge von sehr eleg. Herbstmänteln, Sommer-Paletots und Mantelanzug 125.00 an
Kostüme in reinwollen. Gabardine, g. neueste Modelle, Strapazierkostüme von 98.00 an
Besonders preiswerte Damen- und Herren-Stoffe
Hemdenflanelle gestreift, Meter nur 7.30 an
Hembentuche [illegible] 13.50
Damen-Stoffe [illegible] 18.50 an
Herren-Stoffe elegante Muster, 140 breit, Meter 95 bis 35.00
1. Etage Kein Laden **Nur Scheffelstr. 17** 1. Etage Kein Laden
Die ersparte Ladenmiete kommt Ihnen zugute
Birnberg & Co.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210825/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG